

Der Heimdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Reichsfänger Hermann Müller, Mit zur Verantwortung;
Dr. G. Schulze-Faehrlitz, Das Wesen der Notdurft; Peter Geymann,
Arbeitsminister und Arbeitslosenleiter; Dr. C. Schmalz, Arbeitslosen-
verhinderung; Regierungsrat Hilke Oppenheimer, Der deutsche Arbeits-
markt; Dr. Paul Herzog, Zum hundertsten Geburtstag des deutsch-amerikanischen
Staatsmannes Carl Schurz; Dr. August Müller, Produktivgenossenschaften.

In Kommission:
Zentralverlag S. m. Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5,— Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Kohlenoxyd!



Solche schadhafte Teile
sind sofort zu entfernen
da lebensgefährlich.



**Benzin
Das
ist Selbstmord!**

**WASCHE DIE HÄNDE
BEVOR DU ISST**



VERHÜTE KRANKHEIT

Arbeite unfallsicher



**Eine schlechte Leiter
Kann dein Tod sein!**

Mut zur Verantwortung!

Von Reichszkanzler Hermann Müller.

In weiten Kreisen des deutschen Volkes nimmt das Geräusch über das Versagen des parlamentarischen Systems zu. Kein Wunder. Im Volke fehlt vielfach, ungeachtet der Parteilichkeit des einzelnen, das Verständnis für das Gezerre um Ministerportefeuilles, das uns im Reich und in Preußen nicht zu festen Regierungsverhältnissen kommen läßt. Angestrichelte Gemüter sehen bereits den „Faschismus“ vor den deutschen Toren. Befürcht werden sie in diesem Gefühl durch den Vormarsch der Diktatur in Europa. Serbien fiel diesem System zuletzt kampflos anheim.

Trotz alledem wird in Deutschland die Diktatur nicht marschieren. Weder die italienische, noch die spanische, noch die serbische, noch die litauische Regierungsmethode ist in Deutschland möglich.

Welche Teile des Volkes sollten unter einem Diktator, unter einem Diktatorium oder unter irgendeiner Art des deutschen Faschismus zufriedengestellt werden? Etwa die Opfer der Inflation? Wer glaubt das?

Wer bildet sich ein, daß die Diktatur uns von den Folgen des Kriegesverlustes befreien könnte? Sollen die Fesseln des Versailler Vertrages dann durch Artikel 48 der Reichsverfassung beseitigt werden? Genau wie Herr Kapp den fremden Missionen zu Beginn seiner fünfjährigen Regierungszeit ankündigte, daß er den Versailler Vertrag erfüllen würde, wäre die Erfüllungspolitik die Grundlage auch jeder faschistischen Außenpolitik Deutschlands. Das müßte natürlich sofort den zornigen Widerspruch aller extrem nationalistischen Elemente hervorrufen, die für Realpolitik zu keiner Zeit Verständnis haben.

Bildet sich jemand ein, daß mit Gewaltmethoden eine mehr föderalistische Reichsverfassung durchgesetzt werden kann? Würde das den Kändern helfen, die für die Kriegesfolgen genau so hasten wie das Reich?

Wie würde endlich die Steuerpolitik ohne die Kontrolle des parlamentarischen Systems aussehen? Glaubt jemand im Ernst, daß die unter dem Steuerdruck notleidenden Schichten des deutschen Volkes einem Landvoigt williger die Steuergebel abliefern würden? Wie soll die Not der Landwirtschaft von einem Diktator behoben werden? Glaubt jemand wirklich, daß sich ein starker Mann finden könnte, der die Handelsvertragsbeziehungen zu befreundeten Ländern mit rauher Hand zerreißen würde und damit Millionen Deutscher schwer schädigte, die in Deutschland nicht leben können, wenn Deutschland nicht Waren exportiert?

Die deutschen Angestellten und Arbeiter müssen sich vor allem darüber klar sein: Errichtung einer

Diktatur würde sich umsetzen in Abbau der Sozialpolitik. Das deutsche Volk ist nach Krieg und Inflation mehr als jedes andere ein Volk der Angestellten, Arbeiter und Beamten geworden. Maßnahmen gegen die Sozialpolitik würden die Unzufriedenheit dieser Schichten ungeheuer schüren, die, ihrer ganzen politischen Bildung nach, an sich schon zum stärksten Widerstand bereit wären gegen jeden Verfassungsverleher.

Und endlich die Beamten! Ein Diktator würde ihnen die Rechte nehmen, die die Revolution ihnen erhalten und die Republik ihnen garantiert hat. Es ist kein Zufall, daß gerade in den europäischen Ländern, in denen die Demokratie beseitigt ist, die Absehbarkeit der Beamten einschließlich der Richter grundmäßig anerkannt ist.

Gar nicht reden will ich von dem Mißtrauen, das in der ganzen Welt erzeugt würde, wenn in irgendeiner Form das halbabsolutistische Regiment der Vorkriegszeit wieder errichtet würde. Wer von Außenpolitik auch nur eine leise Ahnung hat, muß das zugeben.

Die Errichtung einer Diktatur in Deutschland ist deshalb ernsthaft nicht zu diskutieren. Wofür wir zu sorgen haben, ist, daß das parlamentarische System funktioniert. Das war der Wille der Wählerinnen und Wähler, als sie im Mai 1928 über die Bürgerblockpolitik quittierten.

In Deutschland sind nur Koalitionsregierungen möglich, so lange wir so viele Parteien haben. Die Fraktionen haben die Pflicht, die Voraussetzungen für eine handlungsfähige Regierung zu schaffen. Man wird von keiner Regierung, in der sich Vertreter mehrerer Parteien zu gemeinsamer Arbeit gefunden haben, Unmögliches verlangen dürfen. In einer Koalitionsregierung kann keine Partei ihre letzten weltanschaulichen Forderungen durchsetzen. Das Kompromiß spielt in der Politik, die die Kunst des Möglichen sein soll, immer eine große Rolle. Parteien aber, die mit Vorlagen und Entscheidungen einer Regierung nicht zufrieden sind und deshalb ihren Sturz herbeiführen, haben die Pflicht, nun ihrerseits zu zeigen, was sie können.

Bei uns ist leider das französische System noch nicht eingeführt, nach der die Regierung jederzeit die Vertrauensfrage stellen kann. Dieses System erhöht die Verantwortung des Parlaments. Was wir aber überall, besonders aber in der Politik brauchen, ist der Mut zur Verantwortung. Wir brauchen Mut zur Verantwortung des Volkes bei den Wahlen, Verantwortungsbewußtsein der Fraktionen, Verantwortungsfreudigkeit bei der Regierung in der Durchführung dessen, was sie als wahr, richtig und notwendig erkannt hat.

Das Wesen der Reichswehr.

Von Dr. G. Schulze-Pfäelzer.

Die Wehrmacht der deutschen Republik stellt einen ganz neuen Typus des Heereswesens dar. Er wurde uns aufgezwungen, und doch wurde er von uns geschaffen, denn die Organisationsform ist in seiner Truppe jemals entscheidend gewesen. Die Idee, das Ziel und die zweckhafte Verwirklichung bestimmen aber Wert und Unwert. Die Reichswehr läßt sich mit dem historischen Söldnerturn nicht vergleichen. Sie hat aber auch nichts gemein mit den beiden Heeresystemen, die entweder in reiner Form oder in gewissen Vermischungen in der Welt am meisten verbreitet sind: Sie ist weder stehendes Heer auf der Grundlage allgemeiner Wehrpflicht, noch eine Volksmiliz.

Man kann sogar im Zweifel darüber sein, ob die Reichswehrgesetzgebung ein reines Berufs-soldatenum verkörpert. Die Dienstzeit der Mannschaft beträgt 12 Jahre. Da der Rekrut heute im Durchschnittsalter von 18 bis 20 Jahren eingereiht wird, so tritt er also spätestens Anfang 30 ins Zivilleben zurück und hat ja dann noch ein ganzes bürgerliches Leben vor sich.

Die Offizierslaufbahn prägt sich früher als heute als eine dauernde Berufsarbeit aus; aber während man früher jederzeit den Abschied nehmen konnte, muß sich heute der Offiziersanwärter für 25 Jahre verpflichten. Daraus ergibt sich, daß der Offizier nur in Ausnahmefällen in der Höhe seiner Mannesjahre freiwillig ausscheiden wird. Während sich also an der Praxis der militärischen Führerschaft nichts Grundlegendes geändert hat, brachte die Zusammenfassung der Mannschaft ganz neue Probleme.

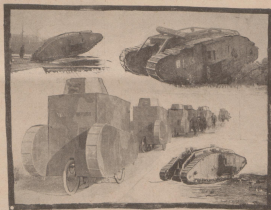
Im kaiserlichen Heer war die Dienstzeit für den Hauptteil der Truppe nur eine kurzfristige Unterbrechung der bürgerlichen Lebensstellung. Die Verantwortung der militärischen Führung für das spätere Wohl der Soldaten spielte darum eine geringere Rolle. Der Zivilvervorzugsschein, d. h. die Mittelmittel der Militäreinkünfte bei dem Ablauf der weiteren Erziehung, bezog sich nur auf freiwillig weiterführende Unteroffiziere, die in der Regel auch nach spätestens 12 Jahren mit staatlicher Hilfe in einen Zivilberuf zurückkehrten.

Die Sorge für das künftige Schicksal des heutigen Soldaten besitzt also eine weit höhere Bedeutung. Speziell militärische Ausbildung genügt nicht, sondern die Erziehung zur späteren Lebensfähigkeit muß von vornherein planmäßig aufgebaut und durchgeführt werden. Zu der Schulung zum brauchbaren Grenadier und Kanonier kommt also auch die zielbewusste Formung zur Persönlichkeit, zum Staatsbürger und möglichst auch die handwerkliche Ausrüstung für ein späteres Erwerbsleben. Im alten Heere blieb der kriegerische Zweck ganz überwiegend, weil die soziale Zukunftstrage viel weniger ins Militärbewußtsein hineinspielte. Freilich darf man darüber die rein soldatische Durchdringung des einzelnen Reichswehrmannes nicht vernachlässigen. Bei der langen Dienstzeit müßte das Metier schließlich auch weiteres gründlich erlernt werden; aber die soldatische Schulung wird auch planmäßig ins Intensive gefördert, weil das kleine Heer nur bei äußerster Schlagfertigkeit seiner Aufgabe gerecht werden kann. Die Armee darf nur aus 100 000 Mann und 4000 Offizieren bestehen. In keinem Lande der Welt sieht ein so geringer Bruchteil der Bevölkerung unter Waffen.

Daraus ergibt sich die Möglichkeit, diese kleine Schar von vornherein aus dem bestgeeigneten Menschenmaterial auszuwählen. Das Angebot an freiwilligen Überflüssigen zumeist den jeweiligen Neubedarf an einem Vielfachen. Ein Zeichen dafür, daß viele junge Leute ihren Lebensweg gern für eine längere Streife militärisch gestalten. Wie die Schar der Entlassenen größer, so würde der Wunsch zum Eintritt schwächer sein. Die strenge Auswahl macht es dem Taugentiesten, der sich als unbrauchbar für einen anderen Broterwerb erweist, unmöglich, im Soldatenleben sein Glück zu versuchen. Selbstverständlich schlüpfen in dem Chaos des neuen Deutschland auch manche Elemente in die Truppen hinein, die dem Soldatenleben nicht zur Freude gereichen. Das ist in kriegshafter Zeiten unumvermeidlich, aber inzwischen sind die ungeeigneten wieder entfernt worden.

Die sorgfältige Erziehung des Individuums, die Weidung seiner Anlage und die Schärfung seines Charakters entsprechen in der Reichswehr allerdings nicht nur einer kultur- und wirtschaftspolitischen Erwägung, sondern liegen auch im unmittelbaren Aufgabenkreis. Denn der geistig und sittlich gereifte Soldat besitzt als funktionstüchtiger Teil des Kampfes eine naturgemäße Überlegenheit. Er kann auch einer zahlenmäßigen Übermacht standhalten, in der die Persönlichkeitsschwäche entwickelt sind. Das hat man in allen

Verwundungsfragen beobachten können. Mögen im Stellschämpfe die Erfahrung und die biologischen Bedürfnisse eine größere Wichtigkeit haben; sobald der Soldat losgelassen ist der Masse nach eigenem Urteil und Entschluß handeln soll, steigt die Bedeutung des inneren Bildungsgrades. Auch technische Anlagen lassen sich durch ein Erziehungsniveau ausgleichen. Alle anderen Armeen Europas sind im Besitz der modernsten Waffen, während wir in unseren mechanischen Kampfmitteln durch den Versailles Vertrag ganz unzeitgemäß herabgedrückt sind. Uns fehlen ja nicht nur die Flugzeuge, das Gas und Tanks, sondern sogar die schwere Artillerie besitzt nur aus einigen unbeweglichen Festungsgeschützen. Da kann nur der bessere Soldat und durchgegründeter Mensch einen bescheidenen Ausgleich schaffen. Unsere Reichswehr besteht wieder aus einer Armee von Kadres, wie Frankreich zuweilen fälschlich behauptet, noch bereift in ihr das Umlernsystem; aber jeder Mann ist zu höchstmöglicher Keilung des Könnens und der Sinne und der persönlichen Zucht vorgebildet. Man sieht es unseren Truppen in Front, auf Posten oder in Marschkolonnen an, daß sie mehr als fesseln und erzt sind. Mit bloßer Dreifur ist heute eine gute Truppe längst nicht mehr zu begreifen und zu erhalten. Das, was man früher in abgepresstem Sinne „Kameradschaft“ nannte, gibt es nicht mehr. Die alte Infraktionskultur mit ihren antiken fommischen Einzelgängen hat aufgehört. Dafür wird fast täglich ein vielfältiger „bürgerlicher Unterricht“ erteilt, während die militärischen Unterweisungen in viele kleine Spezialgebiete zerlegt sind. Wenn man sich früher den Tagesdienstplan einer Kompagnie ansah, so war der größte Teil des Vormittags durch Kompagnie- oder andere Dinge des reinen Drills ausgefüllt. Heute ist er abwechslungsreicher geworden und man findet zuweilen sogar zerstreut verschiedene Betätigung im Rahmen eines Halbtages.



Deutsche Panzer-Troop und englische und französische Tanks

nannte, gibt es nicht mehr. Die alte Infraktionskultur mit ihren antiken fommischen Einzelgängen hat aufgehört. Dafür wird fast täglich ein vielfältiger „bürgerlicher Unterricht“ erteilt, während die militärischen Unterweisungen in viele kleine Spezialgebiete zerlegt sind. Wenn man sich früher den Tagesdienstplan einer Kompagnie ansah, so war der größte Teil des Vormittags durch Kompagnie- oder andere Dinge des reinen Drills ausgefüllt. Heute ist er abwechslungsreicher geworden und man findet zuweilen sogar zerstreut verschiedene Betätigung im Rahmen eines Halbtages.

Die Volkstümlichkeit der alten Armee beruhte zum größten Teil auf der Tatsache, daß die meisten männlichen Staatsbürger selber den damaligen „bunten Rod“ anzogen, und es gab eigentlich kaum Familien, von denen nicht irgendein Angehöriger diente oder gedient hatte. Da wählte man genau Bescheid; jeder kannte den Gefreitenknopf und die Tresse des Unteroffiziers, konnte den Sergeanten vom Feldwebel unterscheiden, den Fähnleinfürer vom Leutnant. Die Alchelfröße und Sterne bis zum Generaloberst waren sozusagen kleines Einmaleins. Heute sind die Chargen der unteren Dienstgrade ganz anders geordnet, und das Publikum weiß nicht mehr recht Bescheid darüber, wen es vor sich hat. Man soll natürlich die Bedeutung der kleinen Rangabstufungen nicht überschätzen, aber es wird doch vielen immerhin interessant sein, wie sich heute der Aufbau der Armee gliedert. Einst nannte man die Gefreiten den höchsten Grad der Gemeinschaft, das stimmt nun heute nicht mehr, denn es gibt bis zum Unteroffizier drei Zwischengrade. Aus dem Grenadier wird erst ein Obergrenadier, aus diesem ein



Unterhaltungszimmer

Gefreiter und zu guter Letzt ein Obergefreiter. So ist die Mannschaftslaufbahn, in der man mindestens sechs Jahre Dienstzeit bis zum vierten und höchsten Grade der Gemeinschaft braucht. Will man auf die Unteroffizierslaufbahn lossteuern, so bedarf es nach vier Dienstjahren, wenn man es zum Gefreiten gebracht hat, einer Prüfung und dann geht es aufwärts zum Unterfeldwebel und zum Oberfeldwebel. Der historische Sergeant ist verschwunden. Da alle Gegenwärtigen schließlich des Offiziers aus der Mannschaftslaufbahn hervorgehen und Berufsrechte von Anfang an fehlen, so läßt die Verbesserung länger als früher auf sich warten.

Nach der späteren Offizier macht zunächst 15 Monate Grunddienst als einfacher Muskete und erreicht den alten Feudaltitel „Fähnleinfürer“ erst nach einem Examen. Die einjährige Kriegsschule, heute die Waffenschule in Dresden, wird in zwei Jahren von je zehn Monaten abgelöst. Aber dann trägt man noch lange nicht das Alchelfröße, sondern nennt sich zunächst Oberfähnrich. So dauert also die Offizierslaufbahn bis zum Leutnant viele Jahre, doppelt solange wie früher. Da die Abiturientenreise fast durchweg zur Vorbereitung für die Offizierslaufbahn gefordert wird, gibt es also den blutjungen Leutnant nicht mehr. Er wird in der Regel 24 Jahre fein, bis er die unterste Offizierswürde erreicht hat. Den Marschallstab haben die Soldaten zwar nicht so häufig im Tornister getragen, wie es das Schlagwort behauptet, aber immerhin schloß doch die offizielle Laufbahn erst mit dem Generalstabsmarschall ab. So weit kann es der jetzige deutsche Offizier eigentlich nicht mehr bringen. Mit dem General der Infanterie oder Artillerie ist es zu Ende, und das genügt ja schließlich auch. Herr von Seekt hat allerdings durch einen besonderen Verleihungssatz noch den Generaloberst geehrt. Einen Marschall der Reichswehr besitzen wir nicht. Und es braucht sich auch kein Jüngling, der in die Armee eintritt, den Kopf zu zerbrechen, ob er es etwa doch werden könnte.

Um die „roten Hosen“, d. h. die heiligen roten Doppelstreifen zu erhalten, braucht man zwar auch wie früher nicht gleich General zu werden, aber der Generalstab, diese ruhmvolle Erinnerung unserer Geschichte, besteht nicht mehr. Dafür treten heute die Offiziere des Reichswehrministeriums in dem alten Generalsstab ein. Mäander traditionsfreudige Deutsche mag bedauern, daß wir keine Wägen und Husaren und keine Kürassiere mehr haben, sondern daß der Reiter schlechthin ein Reitersmann bleibt. Aber

manche militärische Einrichtung, die früher einen sachlichen Sinn besaß, würde heute bloße Romantik sein.

Die Hauptgliederung der Armee in Gruppenkommandos und Wehrkreise dürfte noch längst nicht so populär sein, wie die alte Einteilung in Armeekorps, die sich zum größten Teil mit den Provinzen deckten. Die Wehrkreise sind der geographische Raum für die verteilten Standorte einer Infanteriedivision. Auf die sieben Wehrkreise bauen sich die beiden Gruppenkommandos in Berlin und Kassel auf. Demnach gibt es vergleichsweise nur zwei „Kommandierende“. Man muß freilich auch bedenken, daß die Truppenstärke nur ein Drittel des letzten Vorkriegsstandes ausmacht.

Diese deutsche Wehrmacht lebt wie ein großer Familienverband, in dem die moderne Organisation nicht das Patriarchatliche zerstört, sondern auf neuer, zeitgerechter Grundlage neu gestaltet. Die einzelnen kleinen Lebensgemeinschaften besitzen einen ausgeprochen Heimcharakter. Man haßt nicht mehr in übereinander gestürzten Schlafkoffen; zu vier, zu Sechsen hat man sein Schlafzimmer und dazu noch einen besonderen Wohnraum. Im Speiseraum weißgedeckten Tischen und halbierten Blumen schmuck. Auch die Verpflegung besteht in keiner lieblosen Massenkost. Wenn man die Küchenzeit einiger Wochen überfliegt, so findet man Abwechslung und Rhythmus auf moderne Ernährungsphysiologie.

Daß diese Beschäftigung von jeder Nüppigkeit weit entfernt ist, versteht sich von selbst, aber diese sorgfältige Auswahl und Zubereitung soll natürlich auch den Zweck haben, den Soldaten Sinn für eine maßvolle Genüßfreudigkeit zu bringen und ihn für sein ganzes Leben davon zu überzeugen, daß die Sättigung keine tierische Funktion ist. Im Gesellschaftszimmer gibt es Klavier, Billard und Radionlagen, illustrierte Blätter und Zeitungen nach der Wahl der Soldaten. Alle Zimmer haben Gardinen, Tischdecken, elektrische Lampen mit bunten Schirmen. Einen anschaubildlichen Eindruck von dem Leben und Treiben unserer Truppen vermittelt das Schriftchen „Der Reichsmehrsoldat“ von Hauptmann Dr. Heße im Verlag von Hermann Paretel. Hier erzählt man alles Wissenswerte; da werden nicht nur Zahlen und Tatsachen aufgeführt, sondern wertvolle Bilder vom heutigen deutschen Soldatenleben innerhalb und außerhalb des Dienstes entrollt.

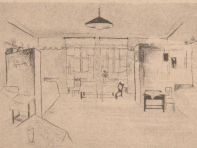
Die Beteiligung am Gottesdienst ist freiwillig geworden, und die religiöse Seelsorge nur für jene vorgesehen, die danach Verlangen tragen. Im Winter finden monatlich „Kerzen-Abendstunden“ statt, deren Besuch ebenfalls freiwillig ist. Diese Abendstunden, an denen geistliche und weltliche Führungskräfte teilnehmen, erfreuen sich großer Beliebtheit. Hier kann man sich offen aussprechen und alles zur Erörterung stellen, was der innere Mensch auf dem Herzen hat.

Die Bogenwaffenfragen beschäftigen ja den jungen Menschen heutzutage durchschnittlich weit früher als früher. Auch der Soldat denkt über Sinn und Zweck seines Lebens ernstlich nach und läßt sich nicht von der Probe nicht mehr abführen. Die einjährige feierliche Patheide in der Jugendbildung bleibt heute wirkungslos, und auch der junge Soldat lehnt wie seine ganze Generation die falsche Pose ab. Wenn man sich und die Umwelt weniger feierlich nimmt, so braucht darunter die Disziplin nicht zu leiden. Im Gegenteil, die sachliche Hingabe zeigt, wenn schlichte Selbstverpflichtung das gefühlte Begeisterungspathos von ehemals zurückdrängt. — Für die Hebung des Wissens und die berufliche Spezialvorbereitung nach der Entlassung sorgt der bürgerliche Unterricht. Mit dem fünften Dienstjahr setzt diese Fortbildungsschule ein und erhebt sich dem-



Speiseraum

Erzieher teilnehmen, erfreuen sich großer Beliebtheit. Hier kann man sich offen aussprechen und alles zur Erörterung stellen, was der innere Mensch auf dem Herzen hat.



Schlafstube

gemäß über acht Jahre. Es gibt daher zahlreiche Klassen, in die man je nach Fleiß und Kenntnissen „versetzt“ wird. Wer schon eine gehobene Bildung nachweisen kann, beginnt auch

sonders während des Kapp-Putsches und im Jahre des Unheils 1923. Man braucht nur an Mänschen und Klippen zu erinnern. Heute ist dieses Chaos und dieser Aufruhr der Gemüter inner-



Waffen Schule in Dresden

russisch, polnisch oder spanisch. Die Schulbücher werden dienstlich geliefert, die einzelnen Klassen bestehen aus je zwanzig bis fünf- und zwanzig Schülern.

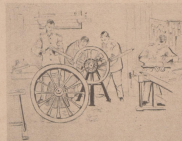
Da die Reichswehrsoldaten später einen großen Teil des unteren und mittleren Beamtenstandes stellen sollen, so liegt diese Ausbildung auch im Staatsinteresse. Besondere Rollen spielen noch die Heeresfachschulen für Kanonier- und die Heeresbandenweherschulen. Die Kanonierschulen haben natürlich in den Wehretfelsen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung eine besondere Bedeutung. Wer später Siedler oder Bauer werden will, erhält nach vollendeter Dienstzeit neuntausend Mark als Abfindung und dazu noch ein langfristiges Darlehen zu ganz niedrigen Zinsen in gleicher Höhe. In den Handwerkerfachschulen kann man die Gesellen- und Meisterprüfung als Tischler, Schlosser, Schneider, Elektrotechniker usw. ablegen.

Die deutsche Reichswehr muß sich von Politik fernhalten. Die politischen Rechte ihrer Angehörigen ruhen, sie dürfen keiner Partei und keiner politischen Vereinigung angehören. Dazu- gegen ist der Beitritt zu unpolitischen Vereinen, soweit es die dienstlichen Umstände gestatten, erlaubt und sogar erwünscht, denn der Soldat soll sich nicht gegen das Volk als eine besondere Klasse abheben. Man weiß, wie lebhaft umstritten das für und Wider dieser Prinzipien im Laufe der letzten zehn Jahre gewesen ist. Die Reichswehr hat ja auch einige ernste politische Kriegen in sich durchgemacht, be-



Bürgerlicher Unterricht

sonders während des Kapp-Putsches und im Jahre des Unheils 1923. Man braucht nur an Mänschen und Klippen zu erinnern. Heute ist dieses Chaos und dieser Aufruhr der Gemüter inner-



Handwerker Schule

halb der Truppen überwinden. Wir wären wohl nicht dahin gekommen, wenn die Politisierung sich weiter ausgebreitet hätte. Gewiß ist die Stellung der deutschen Parteien zu diesem Problem verschieden. Die Wünsche in den verschiedenen politischen Lagern lassen sich natürlich nur schwer in sich ausgleichen. Über diese Erörterungen spielen sich außerhalb der Reichswehr ab. Abgesehen gibt es auch im Heere ein Vertretersystem, in dem die herausragendste demokratische Mitwirkung des einzelnen Mannes zum Ausdruck kommt. Die Soldaten besitzen das Recht der Versammlungsfreiheit, müssen allerdings ihre Beratungen bei den Vorgesetzten anmelden. Sie wählen kommissarische in geheimer Briefwahl Vertrauensleute. Diese haben die Aufgabe, die Disziplinarverhältnisse, Befehle und Urlaubsangelegenheiten mitzuwirken. Sie überwachen auch die Verpflegung und können in jedem Falle als Vermittler zwischen dem Soldaten und der Führung auftreten. Auch die Offiziere sind als Vertrauensmänner wählbar. Daß davon trotz der geheimen Wahl häufig Gebrauch gemacht wird, zeigt das gegenseitige Vertrauensverhältnis zwischen Offiziere und Mannschaft. Die Vertrauensleute der einzelnen Truppenkörper treten in Berlin zu der Heereskammer zusammen, die auch bei allen Geschehnissen über die Reichswehr zur Mitwirkung herangezogen wird. Diese moderne Einrichtung, die man freilich durchaus nicht mit dem System der Soldatenratsgleichsetzen kann, wird in der politischen öffentlichen Meinung ebenso gelobt wie getadelt. Darin liegt es allerdings nur die politische Zerrissenheit unserer Nation wider. Aber unbeeinträchtigt durch diese Streitigkeiten geht die Reichswehr ihren eigenen zueinanderliegenden Weg. Wer ihre Friedensleistungen verfolgt, wird jedenfalls mit vielstarker Anerkennung nicht geizen können.

Arbeiterinteressen und Reparationslasten.

Von Peter Grafmann, M. d. R., Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Auch Kriegen, denen ein politisch Kied ein garstiges Kied ist, denen wirtschaftliche Dinge unympathisch sind, drängt sich mehr und mehr die Erkenntnis auf, daß in den kommenden Wochen in Frankreichs Hauptstadt zu einem beträchtlichen Teil über das Wohl und Wehe der jetzigen deutschen Generation entschieden wird. Gilt das schon für die Allgemeinheit, so im besonderen für diejenigen, die, fast immer ohne finanzielle Reserven, allen Schwankungen auf dem heimischen wie dem Weltmarkt in erster Linie ausgesetzt sind, für die jede technische Neuerung, jede industrielle oder handwerkliche Umstellung oder Konzentration eine Erschütterung ihrer zumest unsicheren Existenz, ja ihrer Derart mit allen schweren Folgen bedeutet — für die Arbeiter und Angestellten.

Die arbeitenden Schichten in Deutschland haben sich frühzeitig mit dem Gedanken abgefunden, daß das militärisch und diplomatisch im Weltkrieg unterlegte Deutschland „wiedergutmachen“ müsse. Wenn ich sage „abgefunden“, so bezeichne ich diesen Ausdruck schon, daß das nicht aus falschen Sentiments herorgeht, sondern aus der kalten, nüchternen Erwägung, daß nur auf diese Weise Deutschland

der Weg in die bis dahin feindlich gesinnte Umwelt freigemacht werden könnte. Freilich war die Arbeiterkraft nicht gewonnen, diese Wiedergutmachung. Insonderheit den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, zum Spekulationsobjekt eines neuen Art Kriegsgewinnler hüben und drüben der Reichsgrenze werden zu lassen, gerade darum, weil sie entschlossen war, den auf sie entfallenden Teil der Kosten nach gerechtem Ausgleich auf sich zu nehmen. Was sie zuvörderst wollte, war, sich zunächst die eigene Existenz aufzubauen, wieder arbeiten, das tägliche Brot verdienen zu können.

Gerade darum aber mußte die Störung der mühsam in Gang kommenden heimischen Wirtschaft durch die von den Entente-regierungen ergriffenen Sanktionsmaßnahmen, mußte besonders die Befreiung des Ruhrgebietes im Januar 1923 erbitternd auf die Arbeiterkraft einwirken. Abgesehen von den unermesslichen finanziellen Folgen der Besetzung — die deutsche Währung sank ins Bodenlose — war es die wirtschaftliche Unfähigkeit, mit der Belgien und Frankreich versuchten, zu den ihnen zugehenden Sachlieferungen mit Gewaltmitteln zu kommen, war es nicht zuletzt der

brutale militärische Zwang, der die geistigen Voraussetzungen für den neuromantischen „passiven Widerstand“ schuf. Die deutschen Arbeitnehmer begriffen darum den Ende 1923 in der öffentlichen Meinung der außerdeutschen Länder einsehenden Umwälzung, über die Leistungen Deutschlands und seine Fähigkeit hierzu wirtschaftlich Sachverständige urteilen zu lassen. Der Wert dieser Sinnerkennung lag in der künftigen Aufschaltung des ehrsüchtigen Volkstüfters, der seine Handlungen nur darauf abstellte, in seinem Kande als „harter Mann“ gegenüber dem ehemaligen Feinde zu gelten, er lag in der Aufschaltung des Soldaten, der sich seiner Weisungsart gemäß immer im unterworfenen und eroberten Kande fühlte und dementsprechend auftrat. Niemand bei uns setzte voraus, daß die neuernannten Sachverständigen wirtschaftlicher Herkunft sich in ihrer Beurteilung der ökonomischen Lage und Leistungsfähigkeit Deutschlands nun etwa von produktiven Gefühlen leiten lassen würden, aber der Kaufmann, der Industrielle oder Bankier ist von Hause aus ein viel zu kühler Rechner, als daß er — in einfacher Formel ausgedrückt — die Heime schlachten würde, die ihm die goldenen Eier legen sollte.

Zu diesen Erwägungen der deutschen Arbeitnehmer traten die furchtbaren Erfahrungen, die sie in der Inflationszeit gemacht hatten, namentlich im zweiten Halbjahr 1923, wo ihnen Lohn und Gehalt buchstäblich zwischen den Fingern gerann, wo der Arbeitsverdienst für eine ganze Woche am Tage darauf nur zwei Drittel, ja oft nur die Hälfte galt, wo jeder Tag einen neuen Schritt ins Elend bedeutete. Nur wer sich das Gedächtnis an jene entsetzliche Zeit bewahrt hat, wird ganz ermessen können, wo a r u m die Arbeiter Deutschlands in der Stabilisierung der deutschen Währung, in der Befreiung des Ruhrgebietes ein so großes Plus erblickten, daß sie demgegenüber mit der Annahme und Durchführung der sogenannten Dawesgesetz das kleinere, wenn auch unermeldbare Übel in Kauf nahmen.

Im Februar 1924 trat das von der Reparationskommission eingesetzte Sachverständigenkomitee unter dem Vorhitz des amerikanischen Generals Dawes in Berlin zusammen. Nach einleitenden Verhandlungen mit der Reichsregierung vernahm die Sachverständigen je einen Vertreter der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Arbeitnehmererschaft. Zum letzten bestimmte die Reichsregierung mich wohl im Hinblick auf meine gewerkschaftliche Funktion. Die mehrwöchige Unterhaltung am Abend des 4. Februar wird meinem Gedächtnis nie entschwunden. Sie drehte sich um die Auffassung der deutschen Arbeiter über das Reparationsproblem überhaupt, über ihre Lebenshaltung und Zukunftsaussichten, über ihre Stellung zur Verteilung der öffentlichen Kassen usw. Die Frage, ob direkten oder indirekten Steuern der Vorzug zu geben sei, wurde von mir zugunsten der ersten bejaht, da die direkten Steuern klar und durchsichtig, daher auch nach ihrer sozialen Wirkung abzumessen seien, während die indirekten Steuern (Zölle und Verbrauchssteuern) die mehrheitlich arme Kamille pochte und relativ viel mehr belasten als den reichlichen Junggeheiß. Hier war nicht uninteressant der bemerkbare Gegensatz zwischen den Vertretern der angelfrischen und der romanischen Nationen. Letztere waren von jeher starke Befürworter der indirekten Steuererhebung und verwendeten sie heute noch überwiegend zur Deckung ihrer kommunalen Ausgaben durch eine Art Stadtzoll (Ottol). Auch der Begriff, was ist Luxus, fand lebhafteste Erörterung, ohne doch geklärt zu werden. Ob Tabakgenuss, ob der Konsum von Bier, Wein, Spirituosen ein Luxus, ist heute noch je nach der Individualität heftig umstritten. Während in Amerika ein Ford-Automobil fastgenauso den Gegenstand des höchsten Reichtums bildet, dürfte der Besitz eines solchen Autos in mancher Gegend bei uns nicht ohne weiteres so bewertet werden. Entscheidenden Wert legte ich damals auf die feststellung, die deutschen Arbeiter hielten das Sachverständigenkomitee für verpflichtet, in seinem Gutachten nicht nur auf Maßnahmen zu dringen, die jede Wiederkehr einer neuen Inflation unmöglich machten, sondern auch dafür zu sorgen, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes, insbesondere der Arbeiter, nicht unter das Niveau der großen europäischen Kulturnationen sinken dürfe. Auch wenn die Sachverständigen diese Pflicht erfüllten, hätten sie noch keinen Anspruch auf besondere Dankbarkeit, sondern nur Selbstverständliches getan.

Am 9. April 1924 legte das Sachverständigenkomitee seinen abschließenden Bericht in drei Sprachen vor. Wie wenig es sich den oben genannten Voraussetzungen nachrichtete, beweist u. a. die Stelle des Berichtes, wo er sich mit der Bekämpfung des Reichsschatzhaushaltes, der für die deutsche Volkswirtschaft erforderlichen werthaltigen Kredite und mit der Stabilisierung des deutschen Wechselkurses beschäftigt. Es heißt dort (auf Seite 10 des Berichtes) wörtlich:

„Auch die Arbeiterchaft wird ihren Vorteil dabei finden, denn ihre Interessen sind vor allem von der Stabilität abhängig. Einige Volksschichten mögen einen Ausgleich in den erpauenden Vermögensumwälzungen finden, welche die Inflation mit sich bringt — manche ziehen Vorteil daraus, andere haben darunter zu leiden. Aber für die arbeitenden Klassen ist die Unbehändigkeit der Verhältnisse nur noch Übel; sie bietet keinerlei Aus-

gleichsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang wollen wir auf die Inflation verweisen, die der Vertreter der Arbeiter in Berlin uns gegenüber zum Ausdruck brachte. Herr Graßmann, der nicht für die Gesamtheit des deutschen Volkes, sondern nur für die Klasse sprach, die er vertrat, stellte fest, daß die deutschen arbeitenden Klassen eine zweite Inflationsperiode nicht ausbalten könnten, die müßten an die Welt um eine werthaltigste Währungsgeldnote anfragen, die es ihnen ermöglichte, auch nach vier Wochen nach Empfang des Kasses eine dafür zu kaufen.“

Und an anderer Stelle befaßt der Bericht:

„Das Komitee zweifelt nicht, daß es dem deutschen Volke möglich ist, eine Belastung zu tragen, wie sie der Plan ihm auferlegt, ohne daß seine Lebenshaltung vom Stand herabzurufen bedroht, der sich mit dem der alliierten Länder und der europäischen Nachbarn vergleichen läßt, die ebenfalls schwere Kassen zu tragen haben, die in hohem Grade auf die Kriegskatastrophe zurückzuführen sind.“

Wenn dieser soziale Gesichtspunkt des Sachverständigenkomitees sich in der Folge auch nicht vollkommen durchsetzen ließ, so hat er doch wesentlich die deutschen Arbeiter für die Annahme des Dawesgutachtens günstig gestimmt. Und noch ein weiterer Grund mußte Sympathien für das Dawesgutachten werden. Ich zitiere wörtlich aus dem Bericht:

„Soll politische Sicherheits- und Straßnahmen für wünschenswert gehalten werden, um die Durchführung des vorliegenden Planes sicherzustellen, so liegen sie außerhalb der Zuständigkeit des Komitees. Ebenso liegen die Fragen der militärischen Befestigung außerhalb unseres Auftrages. Es ist jedoch unsere Pflicht, deutlich hervorzuheben, daß unsere Vorschläge auf der Annahme beruhen, daß Deutschlands wirtschaftliche Tätigkeit durch keine andere fremde Organisation als die hier vorgeschienen Kontrollmaßnahmen behindert und beeinträchtigt wird, folglich fußt unser Plan auf der Voraussetzung, daß die bestehenden Maßnahmen, inwieweit sie diese Tätigkeit behindern, rückgängig gemacht oder hinreichend abgemindert werden, sobald Deutschland mit der Ausführung des vorgeschienen Planes begonnen hat.“

Diese energischen Worte bedeuten eine scharfe Absage an alle diejenigen Kräfte innerhalb des Auslandes, die unter dem Feldgeschrei der „Deutsche bezahlt alles“ aus Deutschland herauszuressen versuchten, was nur irgend herauspreßbar war. Der Dawesplan suchte an die Stelle politischer Forderungen die besonnene Art nützlicher wirtschaftspolitischer Erwägungen zu setzen. Wenn ihm dies auch nicht vollständig gelang, so war doch anzuerkennen, daß wenigstens ein Teil Erfolg erzielt hatte. Auch deshalb konnte sich die Arbeiterchaft für diesen Plan einfinden.

Seit vier Jahren ist der Dawesplan nun in Kraft, und nach Ablauf jedes Quartals berichtet der Reparationsagent, Herr Parker Gilbert, daß Deutschland regelmäßig und pünktlich die ihm auferlegten Zahlungen geleistet habe. Fragt man aber, ob der Plan bisher nur dem Wortlaut nach oder aber seinem Sinn und Zweck gemäß erfüllt worden ist, so ergibt sich ein anderes Bild. Ich will nur kurz noch einmal in der Gedächtnis zurückrufen, daß die bisherigen Jahresabgaben nicht — wie vorgesehen aus den Exportüberschüssen erfolgten — weil nämlich keine vorhanden waren —, sondern geleistet wurden mit Hilfe ausländischer Anleihen und unter dem Druck harter innerpolitischer Belastung. Die zu diesem Zweck in die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft umgewandelten Staatsbahnen und die deutsche Wirtschaft (unter Ausfluß der Landwirtschaft) tragen gemeinsam eine Schuldverpflichtung in Höhe von 16 Milliarden RM., die mit 5 v. H. verzinst, mit 1 v. H. amortisiert werden muß und jährlich 960 Millionen Goldmark erbringen. Zu ihnen traten 290 Millionen Goldmark aus den Erträgen der Reichsbeförderungsteuer von der Eisenbahn, und der an 2½ Milliarden Jahresabgabe noch verbleibende Rest von 1250 Millionen Goldmark ist von der Reichskasse zu leisten, und gedeckt durch die Erträge aus zu diesem Zweck erpauenden Zöllen und den Verbrauchsteuern auf Branntwein, Bier, Zucker und Tabak. Dabei ist zu beachten, daß die Steuerlaste wiederholt erhöht wurden. Die Tabaksteuer und die Steuer auf Zigaretten niedrigerer Preisklassen haben Steigerungen um wechselnde Beträge erfahren; die Steuer auf Branntwein ist um 18 v. H., die Biersteuer um 33½ v. H. erhöht worden, und eine neue Steigerung steht zur Deckung des Defizits im Reichschatte bevor. Auch die Eingelpositionen des Goldtariffes sind verändert und in der Mehrzahl erhöht worden, deren Bedeutung für die im September und Oktober 1925 vorgenommene Wiedereinführung der wichtigen Getreidezölle darstellt.

Gewiß liegen alle diese Kassen der gesamten deutschen Bevölkerung ein schweres Joch auf den Schulden, gewiß ist zunächst die Wirtschaft der vornehmlich Verpflückte. Aber wie überall, so sucht auch hier der Vorbesitzer seine Bürde auf andere Schultern abzuladen. Wie das Sprichwort sagt, heißen den letzten die Hände — und dieser Letzte ist der Konsumist, ist der Verbraucher

der sogenannten Massenartikel. Verteuerung des Personen- und Frachtfahrers auf der Eisenbahn trifft nicht nur denjenigen, der gelegentlich einmal eine Reise unternimmt, sie trifft zwar zunächst den Hersteller und dann den Verteiler von Waren, also den Fabrikanten und den Händler. Aber sie wird von beiden nicht endgültig getragen, sondern, soweit irgend möglich, in den Warenpreis einkalkuliert, also auf den Verbraucher abgemälzt. In der Regel fließen Preissteigerungen in Zeiten gedrückten Geschäftsganges zu einer Einschränkung des Konsums, damit aber wieder zur Drosselung der Erzeugung, also zur Entlassung von Arbeitern und Angestellten. Man frage einmal in den Kreisen der Tabak- und Arbeiter in den Wäldern, der Tabaksteuer auf die Lage des Arbeitsmarktes, und man wird bei weiterer Umschau dieselben Erfahrungen machen müssen auf den Gebieten, die man auch bei engbegrenzter Auslegung des Begriffs nicht als „Luxusprodukte“ bezeichnen kann.

Berechnet man das Jahreseinkommen des deutschen Volkes mit rund 55 Goldmilliarden, so bedeuten die Reparationsverpflichtungen von 2½ Milliarden eine jährliche Abgabe von 4 bis 4½ v. H. des Arbeitsertrages. Gegenüber einem Reichtum von 10 Milliarden könnte dieser Betrag nicht allzu bedeutend erscheinen. Und doch besteht zwischen beiden Zahlungen ein prinzipieller Unterschied: Die Erträge von Steuern und Zöllen bleiben im Lande, also im Kreislauf der heimischen Wirtschaft, während die Reparationszahlungen endgültig ihr verlorengehen. Ihrer Deckung bedürfen sie aus dem Ausland zu beschaffen. Um die Verteilung des Gesamtertrages aber entbrennt überall das heftige Ringen, die großen Wirtschaftskämpfe mit ihren letzten Pöbelerscheinungen: Streits und Ausparierungen. Je geringer das Volkseinkommen, desto erbitterter der Streit um seine Verteilung. Obgleich der Dampfsack die gesamte Wirtschaft belastet, trifft er doch am härtesten den Volksteil, der nur aus seinem Arbeitseinkommen lebt, richtiger gesagt, der außer seiner Arbeitskraft keinerlei andere Substanzmittel besitzt, daher die Verringerung seines Einkommens um jeden Pfennig härter verspüren muß als jede andere Bevölkerungsschicht.

Nun find Vergleiche der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters mit der seiner Kameraden in anderen Ländern immer schwierig. Selbst unter dieser Einschränkung verdient aber der Versuch des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, die Realölone in verschiedenen Industriezweigen miteinander zu vergleichen, Beachtung. Nach dieser vergleichenden Darstellung lebt der deutsche Arbeiter im Mittel um rund 50 v. H. schlechter als sein englischer Berufsgenosse, und beim Vergleich mit amerikanischen Verhältnissen bleibt der Deutsche noch weiter zurück. Er würde in härterem Maße eine größere Annäherung an diese anglo-amerikanischen Vorbilder herbeizuführen, seine erprobten wirtschaftlichen Organisationen, die Gewerkschaften, noch tatkräftiger in diesen Dienst einplanzen haben, wenn die gesamten ökonomischen Vorbedingungen für ihn günstiger wären. Zwar ist es gelungen, nach dem durch die Inflation verursachten Tiefstand im Jahre 1924 die Löhne allmählich wieder zu heben, doch zeigen diese in bestimmten Branchen immer noch ein höchst bedauerliches Bild. Einige Beispiele mögen das erläutern:

Trotz der Steigerung der Löhne in den letzten zwei bis drei Jahren bleiben noch jetzt die Löhne bestimmter Arbeitnehmergruppen auf einem Niveau, das von dem tiefen Ende der betreffenden Gruppen zeugt. Dem jüngsten Bericht des ADGB über die tarifmäßigen Stundenlöhne, am Ende Dezember 1928, find 3 v. H. folgende Zahlen zu entnehmen:

Es erhalten:	
Tiefbauarbeiter in Brandenburg	72 Pf.
gelernte Metallarbeiter in Glinitz	65 „
in Siegen	69 „
ungerne Arbeiter in der chem. Industrie	
in Breslau	62 „
in Frankfurt a. d. O.	64,5 „

in Königsberg	56 Pf.
in Stettin	69 „
Weber in Bielefeld	69,7 „
in Breslau	63,5 „
in Freiburg	66 „
in Karlsruhe	66 „
in Nordhausen	67,9 „
in Waidenburg	64,2 „
ungerne Eisenbahner in Brandenburg 57 „	
in Glinitz	56 „
in Waidenburg	54 „

Nach unzureichender ist der Stand der Löhne bei den Frauen, geschweige bei den Heimarbeiterinnen, deren Löhne in der Regel als Hungerlöhne zu bezeichnen sind; auch die Tariflöhne der Arbeiterinnen in der Industrie stehen auf einem Niveau, das nicht zu dulden ist. Ende 1928, nach den jüngsten Berichten, die im ADGB, eingetroffen sind, betragen die tarifmäßigen Stundenlöhne der Frauen (im Durchschnitt für alle von unserer Statistik erfassten Städte)

in der Metallindustrie (ungerne)	46,6 Pf.
in der chemischen Industrie (ungerne)	52,5 „
in der Textilindustrie (Werktinnen)	56 „
in der Süßwarenindustrie	52 „
bei den Gemeindearbeiterinnen	58,0 „

freilich verdienen die Facharbeiterinnen in der Metallindustrie, in den Buchdruckereien, Zigaretten usw. etwas mehr. Aber auch der durchschnittliche tarifmäßige Stundenlohn der Frauen: 60 Pf. bei den heutigen Lebenshaltungskosten, kann von keinem unvoreingenommenen Menschen als ausreichend erkannt werden.

Der Vergleich der Realölone gibt aber so lange unsichere Resultate, als er die Arbeitslosigkeit unberücksichtigt läßt. Stellt man diese mit in Rechnung, dann fällt der Vergleich für Deutschland noch ungünstiger aus.

Daf die Lage der im Eisenbahndienst Beschäftigten durch die besonderen Bestimmungen der Reichsbahngefeze, die wiederum auf dem Dampfsack fußen, nicht nur bezüglich ihrer Arbeitszeit und Entlohnung, sondern auch in bezug auf ihre sozialen Rechte eine teilweise noch gedrücktere als die der übrigen deutschen Arbeitnehmer ist, sei nur im Zusammenhang erwähnt. Ebenso die Tatsache, daß die herrschende Wohnungsnot auf den Mangel an Baukapital zurückzuführen ist, der wiederum derselben Quelle entspringt.

Die deutsche Vertretung wird in den Pariser Verhandlungen des Sachverständigenkomitees nicht nur auf all das Vorstehende verweisen, sondern auch darauf bestehen müssen, daß, wie vor fünf Jahren, die Arbeitnehmer selbst im Komitee zu Wort kommen. Sie werden ihre Stellung um so mehr festsetzen, je energischer sie immer wieder auf den Grundloß des Gutachtens des ersten Sachverständigenkomitees zurückgreifen, wonach Deutschland seine Reparationszahlungen leisten soll aus dem Überschuß seines Exportes. Ein solcher ist aber nicht zu erzielen, wenn die zahlungshindenden Fänder die Einfuhr deutscher Waren durch himmelhohe Zollmauern von sich abzuhalten beflissen sind, und er darf nicht erzielt werden durch eine Politik der Preisfleherei für unsere Produkte. Denn dieser Preisdruck wäre wieder nur möglich durch Verringerung der Lebenskosten, d. h. durch Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne — ein Beginn, dem die deutschen Arbeiter den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen würden, das in seinem Erfolg aber auch die ehemaligen Alliierten schwer schädigen müßte. Wenn es im Damesgutachten heißt: „Deutschlands Wirtschaft kann nur bestehen, wenn auch die Wirtschaften seiner westlichen Nachbarn sich kräftig entwickeln“, so stimmen wir dem vollinhaltlich zu. Der Gedanke ist aber in seiner Umkehrung ebenso richtig. Noch immer — und damit möchte ich schließen — gilt das Dichterwort:

„Mann mit zugeknöpften Taschen,
Die tut niemand was zuleib;
Hand wird nur von Hand gewaschen,
Wenn du nehmen willst, so gib!“

Eine Mahnung zur Reichsunfallverhütungswche.

Der Deutsche neigt im Durchschnitt sehr dazu, stets auf die Sanitätzeit oder sonstige ihm vorgeschriebene Stellen zu schimpfen. Der Staat, die Gemeinde, besonders aber die Polizei, auf der Arbeitgeber, Hausbesitzer oder ähnliche Inhaber und Personen find stets die Ursache seines Arztes, normalerweise aus feiner Bohne und Spottes. Andererseits sind aber alle diese so vielseitigmächtigen und geläuterten Einrichtungen für jeden mit absoluter Selbstverantwortlichkeit die Stelle, die für alles die Verantwortung hat! Wenn ein Haus gebaut wird, steht jeder Beteiligte über die „Schikanen“ der Bau- und Feuerpolizei. Wenn ein Typhusfall mit den notwendigen

Isolierungen und Desinfektionen irgendwo vorkommt, oder aus sanitätspolizeilichen Gründen das Trinkwasser eine Zeitlang abgelperrt wird, dann findet jedermann und böhnt über die Bazillenreife und tödlichen Einbildungen. Wenn auf einer dünnen Eis-Verbindungslosigkeit der Polizeipostene. Wenn aber eine Mauer oder gar ein Haus einstürzt, wenn es in einem Kino brennt, wenn eine Epidemie ausbricht oder ein paar vorwitzige Schulbuben im Eis einbrechen, dann ist die öffentliche Meinung überhärmend vor Empörung darüber, daß die „zuständigen Behörden versagt haben“.

Jeder Deutsche, der sich eine Zeitlang im Ausland aufgehalten hat, wird sich erst dessen richtig bewußt, daß diese Unfallschancen geradezu charakteristische Eigenschaften des Deutschen geworden sind. In keinem anderen Lande der Welt verläßt sich der Staatsbürger mit so ruhiger Gelassenheit auf die Gängelung und Bevormundung durch die Behörde und durch festlichen Vorgelegen wie im Deutschen Reich. So ist es auch bei der Bekämpfung der Unfallgefahren lange Jahrzehnte hindurch Selbstberuflichkeit gewesen, daß man alle möglichen Injunken verantwortlich zu machen versuchte für das Vorkommen von Unfällen, daß man am toten Objekt, nämlich an der Maschine, verbesserte, konstruierte und Schutzmaßnahmen baute. Nur an das Subjekt, an das Einzelindividuum, an den Menschen, dachte lange Zeit niemand. Nun sind die Erfolge der Unfallverhütungsmaßnahmen fähigeren Zeiten durchaus nicht zu unterschätzen. Die Berufsengenossenschaften, denen gesetzlich die Pflicht zur Unfallverhütung auferlegt ist, haben auf diesem Spezialgebiet seit langen Zeiten schon ganz ausgezeichnetes geleistet. Man braucht sich z. B. nur vor Augen zu halten, daß heute an den gefährlichsten Stanzmaschinen Blinde beschäftigt werden können. Diese Maschinen sind nämlich jetzt so konstruiert, daß der bedienende Arbeiter stets mit beiden Händen an zwei bestimmten Hebeln ansetzen muß, damit die Maschine überhaupt in Gang gebracht werden kann. Mithin ist die Möglichkeit, sich eine Hand zu zerquetschen, wie es früher jährlich in Hunderten von Fällen vorkam, automatisch ausgeschlossen. — Es dürfte auch heute eigentlich nicht mehr vorkommen, daß ein Mensch in einen fahrerlosfähigen fährt, weil er in der Dunkelheit meint, der fahrerlosfähige könne hinter der Tür. Denn heute darf keine fahrerlosfähige hinter der Tür sein. — An bestimmten Hebelmaschinen wurden früher Hunderten von Menschen die Finger abgerissen, jetzt sind die Maschinen so eingerichtet, daß sie sich allenfalls die Fingerknippen daran reißen kann.

Diese Beispiele, die sich vielfältig vermehren ließen, bezeugen, daß auch der maschinelle Unfallausbruch außerordentlich viel gelindert hat. Aber die Statistiken beweisen im Laufe der Jahre immer eindringlicher, daß auf diese Weise allein die Unfälle nicht wirksam zu bekämpfen sind. Denn die Ursache unendlich vieler Unfälle ist im Menschen begründet, also nicht in der Maschine, an der er arbeitet. In diesem hat man seit langem die Unfallverhütung vor den Menschen eingestellt und sucht durch Aufklärung, Belehrung und formelhafte Wiederholung der gleichen Mahnungen, ferner auch durch Umsiedlung eines gewissen Ehrgeizes, ja sogar einer gewissen Respektierlichkeit die Unfallzahlen zu senken. Insbesondere leistet hier das sogenannte Unfallverhütungsbild gute Dienste, b. h. die Darstellung von Unfallgefahren, wie sie für den einzelnen Betrieb charakteristisch und typisch sind, möglichst mit der Lebensminderung der richtigen und falschen Handhabung.

Seit längerer Zeit haben auch die deutschen Berufsengenossenschaften diesen Weg einer individuellen Unfallverhütungspopaganda beschritten. — Sämtlich schon werden Unfallverhütungsfelder mit einer genauen Umzeichnung an die Arbeiter auszugeben, Unfallverhütungsoffizieren, Unfallverhütungsbildern hängen in allen Betrieben aus. Die technischen Aufsichtsbereichen halten Vorträge, geben Belehrungen und Unterweisungen, auch unter den Arbeitenden selbst und unter den Betriebsräten werden Vertrauensleute herangebildet, die für die Innehaltung der Unfallverhütungsoffizieren unter ihren Arbeitskollegen sorgen.

Um diese neue Richtung in der Unfallverhütungspopaganda auch überall durchzuführen, wo sie bisher noch nicht eingedrungen

und festgewurzelt ist, sollte ursprünglich die Reichsunfallverhütungswache, die sogenannte Ruvvo, dienen. Aber als der Plan zu dieser großartigen Aufführungs- und Belehrungsaktion bei den Verbänden der deutschen Berufsengenossenschaften einmal gefaßt war, da ergab sich bald die fast zwingende Folgerung, daß man diese Propagandawache über die Fabriken, gemeinnützigen und landwirtschaftlichen Betriebe hinaus ausdehnen mußte auf die Allgemeinheit. Denn von den 24 000 Unfalltodesfällen des Jahres 1927 waren ja nur knapp ein Drittel in berufsengenossenschaftlich versicherten Betrieben geschehen. Zwei Drittel aller Unfälle kamen also außerhalb des Reiches der Berufsengenossenschaften vor. Mit dieser Ausdehnung ihrer Unfallverhütungspopaganda und speziell der Ruvvo auch auf Verträge, Haushalte, Schule und sonstige Teile unseres öffentlichen Lebens haben also die deutschen Berufsengenossenschaften dem deutschen Volke ein recht ansehnliches Geschenk gemacht. Denn jetzt wird es endlich einmal jedem Staatsbürger klargestellt werden, daß Unfallverhütungsmaßnahmen möglich und notwendig sind. Es wird ihm vor allem das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß in den allermeisten Fällen ihn ganz allein die Verantwortung trifft, wenn ihm oder einem Mitmenschen ein Unfall zustoßt. Gilt doch all das oben für den Maschinenunfall Gesagte auch ohne weiteres für die allgemeinen Unfälle des täglichen Lebens, insbesondere für die Verkehrsunfälle. Wie selten ist irgendein unabwehrbares Ereignis, höhere Gewalt, ein Konstruktions- oder Materialfehler schuld an den zahllosen Unfällen, die sich alljährlich im Haus und auf der Straße ereignen. Wie unendlich viel öfter tragen Leichtsinn und Unachtsamkeit, Gleichgültigkeit an der Gefahr, Sorglosigkeit, wie oft auch Nachlässigkeit und Egoismus, Schwermüdigkeit und Entschlaftheit, letzten Endes auch Überlässigkeit und Nervosität die Schuld! Das alles sind aber Gebiete, auf denen Belehrung und Aufklärung wirksam Wandel schaffen können. Dazu ist erforderlich, daß nicht nur einige kleine Kreise und Gruppen des Volkes diese Notwendigkeit völliger geistiger Einstellung auf die täglich drohenden Unfallgefahren des modernen Lebens, innerer Umsiedlung auf die technischen, maschinellen und mechanischen Errungenschaften unseres Zeitalters aufgreifen, sondern daß tatsächlich alle sich durchdringen lassen von diesem neuen Geiste. Gilt es doch nicht nur das eigene Leben, die eigene Gesundheit und die der nächsten Familienangehörigen, besonders der Kinder, vor den unentwegt anwachsenden Unfallgefahren zu schützen, sondern darüber hinaus auch jeder an seinem Platz mitzuarbeiten an der Erspargung von sinnlos vergeudetem Volkseinkommen. Die für Wiedergutmachung von Unfallschäden im Jahr um Jahr aufgewandten Milliardensummen sind unerantwortliche Verschwendung, besonders für ein armes Volk wie das deutsche. Jeder einzelne von uns trägt zu seinem kleinen Teil die Verantwortung mit dafür, daß dieser Luxus auf das unermessliche Mindestmaß herabgebracht wird, jeder einzelne von uns aber trägt vor allem die Verantwortung für sich selbst und seinen eigenen Schutz vor Unfallgefahren. Wenn diese Bewußtseinsänderung durch Reichsunfallverhütungswachen ganz durchgeführt, und wenn anschließend an diese einmalige Vorauszahlung die vorgesehene systematische Erziehungsarbeit der heutigen und der kommenden Generation zu unsäglichem Verhalten in allen Lebenslagen zur Wahrheit wird, dann kann die Reichsunfallverhütungswache ein Markstein, ein Wendepunkt in der Unfallverhütungsgeschichte des Deutschen Reiches werden.

Dr. C. Thoma, a.

Leiter des Organisationsbüros der Ruvvo.

Der deutsche Arbeitsmarkt.

Von Regierungsrat Dr. Hilde Oppenheimer.

In diesem Winter waren — zum dritten Male seit Stabilisierung der Währung — mehr als 10 p. h. der Arbeitslosenmerkschaft völlig aus dem Produktionsprozeß der deutschen Wirtschaft ausgegliedert. Am 15. Januar 1929 gab es in der Arbeitslosenversicherung und in der Kriegenfürsorge rd. 2,2 Millionen Unterhaltungsempfänger, und gleichzeitig wurde die Zahl der Arbeitslosen aus den Arbeitsämtern auf fast 2,5 Millionen angegeben. Aus beiden Figuren läßt sich der tatsächliche Umfang der Arbeitslosigkeit nicht ganz einwandfrei ermitteln, und zwar liegt die eine zu tief und die andere zu hoch. Zu den Unterhaltungsnehmern — um alle Arbeitslosen zu erfassen — diejenigen hinzuzurechnen werden, die noch nicht oder nicht mehr zum Bezug von Arbeitslosen- oder Kriegenunterstützung berechtigt sind (diese werden übrigens im Falle der Hilfsbedürftigkeit von der Wohlfahrtspflege betreut). Umgekehrt wären von der Zahl der Arbeitsuchenden diejenigen abzuziehen, die sich gleichzeitig an mehreren Arbeitsämtern als arbeitend melden, oder die sich in die Listen der Arbeitsuchenden bereits eintragen lassen, solange sie sich noch in Stellung befinden. Die Zahl der tatsächlich Arbeitslosen

liegt also zwischen beiden Angaben und hat in diesem Winter etwa die gleiche Höhe erreicht wie in dem bekannten Kriegenwinter 1925/26¹. Der Stand des ebenfalls sehr ungünstigen Winters 1926/27 war Mitte Januar um eine Kleinigkeit und der des Vorjahres um ein Erbeiliches — nämlich um rund 600 000 Unterhaltungs- — überschritten. Anfang Februar betrug der Unterhaltungsstand sogar etwa 800 000 Unterhaltungsempfänger.

Wenn man den Größen der letzten Veränderung nachgeht, so muß man zunächst feststellen, daß die Entwicklung auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes im letzten Jahre nicht anders war wie bisher: Dem Bevölkerungswachstum entsprechend nahm die Zahl der Erwerbstätigen wiederum um etwa 400 000 Personen zu. Dieser — selbstverständliche — ständige Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen hat merkwürdigerweise gerade in der letzten Zeit

¹ In jedem Sommer wurde die Arbeitslosigkeit des Winters 1925/26 in diesem Jahre überboten. Der Grund hierfür liegt aber zum Teil in der besseren Haushaltsführung. Seitdem der Arbeitsmarkt sich im Winter 1925/26 in der Arbeitslosigkeit befand, enthält die Zahl der Unterhaltungs- und diejenigen Arbeitslosen, die unter den früheren gesetzlichen Voraussetzungen nicht in Erziehung getreten waren.

In manchen Kreisen eine gewisse Benachteiligung hervorgerufen. Müßte nicht, hierdurch, so fragt man sich — der Arbeitsmarkt immer stärker bedrängt, die Arbeitslosigkeit automatisch immer größer werden? Auch der Generalrat für Reparationszahlungen vertritt ähnliche Befürchtungen, wenn er in seinem jüngsten Bericht vom Dezember 1928 darauf hinweist, daß eine Zunahme der Arbeitslosen um 400 000 Personen gegenüber dem Vorjahr sich ohne weiteres aus der — um ebenso viel ansehnlicheren — Zahl der Erstbeschäftigten erkläre, daß also die Zahl der auf dem Arbeitsmarkt verbleibenden Arbeitslosen nicht gezogen werden könnten. Diese Einwände sind gewiss sehr zu beachten, es sind aber unbedenklich — De-

Diese Zusammenfassungen gehen m. E. von der — unrichtigen — Über-
steltung einer sich gleichbleibenden, einer nicht wachsenden Volkswirtschaft aus. Die Wirtschaft aber, zu deren Aufbaumomenten eine Wirtschaftswachstumsgewissheit vorliegt, ist normalerweise in der Lage, sich in den Laufzeiten der Wirtschaftstätigkeiten in den Produktions-
projekten auszuweiten und einzubeziehen. Es ist nicht so, daß eine solche Eingliederung nur bei besonderer Gunst der Wirtschaftslage möglich ist, sondern umgekehrt: Die Wirtschaftslage muß besonders ungünstig sein, um sie zu verhindern. Zuerstens ließe sich die Zunahme halten, daß — bei gleichem Konsumtatsstand — auch von den neu Eingegliederten ein gleicher Prozentsatz an neue Beschäftigung findet wie von den übrigen Erwerbsfähigen. Zweitens ließe sich die Erwerbslosigkeit der Arbeitslosen nur um beträchtlich erhöhen, beispielsweise gegenwärtig — bei einer nur 10-prozentigen Durchschnittsarbeitslosigkeit — um etwa 400 000 Personen (und nicht um 400 000).

Die Entscheidung auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes erfolgt also die Höhe der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit nicht, wie ja überhaupt das Arbeitsangebot — das von dem einigemmaßen gleichlaufenden²⁾ Fluß der Bevölkerungsbewegung, von der „Menschenproduktion“, bestimmt wird — geringeren Schwankungen unterliegt als die Arbeitsnachfrage. Diese steht in enger Beziehung zur „Warenproduktion“ und wird damit von allen Wechselfällen der Wirtschaft mitbetroffen — (sein für seine mäßige oder konjunkturabhängige Veränderung der Rationalisierungsfrage keine wesentliche Ummäuerung bedingt). Auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes haben sich denn auch in der Tat eine Reihe von erheblichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahre vollzogen.

Im allgemeinen Wassenbild treten dabei die ungewöhnlich tiefgreifenden und ungewöhnlich langandauernden winterlichen Saisoneneinflüsse klar in den Vordergrund. An den Rückschlag in der Beschäftigung unserer Wirtschaft während des Winters sind mir ja von jeher gewöhnt: Mit Beginn des frohen Jahres wandelt die Außenbeute — Landwirtschaft und Bauerngewerbe — ihre Tätigkeit notwendig ein. Herdenschäfer und Viehzüchter ziehen ihre Tiere in die Ställe und in die Stallungen, die Viehhaltung gezoget — etwa die Industrie der Seide und Erben, das Holzgewerbe oder auch gewisse Verbrauchsgüterindustrien, bei denen infolge der verminderten Kaufkraft der Arbeitslosen die Nachfrage zurückgeht. In diesem Jahre aber hat sich mit nie vorher erlebter Deutlichkeit gezeigt, daß es bei den winterlichen Saisonauswirkungen nicht allein auf die Tätigkeit des frohen ankommt, sondern vor allem auch auf die Tätigkeit der Wintermonate. Die Wintermonate sind in der Regel von geringerer Kälte noch hätte durchdringen können, müßten eingeleitet werden. So legte das Vereisen der Flüsse und das Aufreizen der Kanäle die Schifffahrt still und wirkte sich — infolge der Transport-schwierigkeiten — in erhöhten Preisen für den Steintohlenbergbau aus, so wurde im Braunkohlenbergbau ein teilweises Schließen der Förderwerke erforderlich; Ziegeleien, die auf normalen winterlichen Betrieb eingerichtet sind, mußten ihre Arbeit einstellen; in der Holzindustrie, die in der Regel im Winter sehr viel liefert, hat die große und Schnee die Holzzufuhr gestoppt, im Bauwesen liegen fast auch Innenarbeiten vielfach nicht ausführen.

Leider liegt ein zahlenmäßiges Bild dieser Einflüsse erst bis zum 15. Januar vor. Aber schon damals war die Arbeitslosigkeit in den vier Hauptgruppen der ausgeprochenen Saisonberufe: Landwirtschaft, Baugewerbe, Industrie der Steine und Erden und Schiffsahrt weitaus höher als im entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres. Vom 15. Oktober 1928 bis zum 15. Januar 1929 waren die Arbeitslosen in diesen Gruppen um fast 1,2 Millionen gestiegen.

Über so fort auch die winterlichen Saisonauswirkungen das Bild des Arbeitsmarktes im Augenblick beherrschen, so bestimmen sie es doch nicht allein. Schon seit dem Herbst 1927 leben wir im Zeichen einer jählich langsam, dann schneller abgleitenden Konjunktur. Der Ausgang hat sich noch nicht entschieden. Die bedeutendsten Beiträge zur Erholung und zur Besserung der Produktionsmittelherstellung übergriffen. Freilich ging die Entwaldung nicht in gerader Linie vorwärts. So wurde die findende Befähigung der Verbrauchsüberwinden teilweise unterbrochen durch vorübergehende saisonale Belohnungen. Die meisten inneren Bedürfnisse sind aber schon wieder befriedigt. Die äußeren Einflüsse eine sehr erhebliche Rolle. Man denke etwa an die Verteilung

an- und Befriedigungsindustrie (Sommer- und Winterferien), an die Sägemaschinenindustrie (Weihnachten, Ostern), an die Spielwarenindustrie (Weihnachten), an die Zucker- und Konfereindenindustrie (Ernten) und andere mehr. Trotzdem läßt sich das Sinken der Konjunkturfurde deutlich erkennen. Beispielsweise ergibt sich für die saisonmäßig gleichliegenden Monate Oktober 1927 und Oktober 1928 ein Wert für die Textilindustrie, die Summe der Arbeitslosen von 2 v. H. auf 4 v. H., für die Kurzarbeiter von 2 v. H. auf 2,5 v. H., die Zahl der Befriedigungsindustrie erhöhte sich in der gleichen Zeit die Zahl der Arbeitslosen von 9,9 auf 16,1 v. H., die der Kurzarbeiter von 4,5 auf 25,8 v. H.).

Die Berufsberatung der Konsumgüterindustrie mußte sich naturgemäß sehr stark auf dem weiblichen Arbeitsmarkt auswirken. Nach der letzten Berufszählung 1925 waren 3 B, von fast einer Million Textilarbeitern mehr als die Hälfte Frauen. Ähnlich liegt es in der Bekleidungsindustrie — während die Industriebeschäftigung im Durchschnitt nur zu etwa einem Fünftel aus weiblichen Kräften besteht. Von den gewerkschaftlich organisierten Textilarbeitern waren im Oktober 1925 2 B, 8, 5, im Oktober 1926 2 B, 6, 4, arbeitslos. In der gleichen Zeit fliegen bei ihnen die Mangelraten von 2,4 auf 30,3 B. In der Bekleidungsindustrie war die Tendenz die gleiche.

2) In fast jedem der Kurze der weiblichen Arbeitslosen flader zu verlaufen als die der männlichen, weil der große allmätliche Saisonausfall für den Arbeitsmarkt der Frauen geringere Bedeutung hat. Spielen doch beispielsweise in dem zählmähig sehr umfangreichen Baugewerbe (bei der letzten Vollerzählung 1926 gab es 1,3 Millionen Bauarbeiter) Frauen fast überhaupt keine, bei sonstigen Bauarbeiten der verschiedensten Art nur eine sehr geringe Rolle. Die drittelte Bezahlung in allen oder allem für den Beschäftigtenstand der männlichen Arbeitsnehmer entscheidend. Ihre Wirkung wurde in diesem Jahre um so stärker empfunden, als sie zeitlich ungefähr mit dem Beginn des schnelleren konjunkturellen Abwärtis in den Produktionsmittelindustrien zusammenfiel, die ebenfalls in erster Linie auf Männerarbeit beruhen. Die Zahl der unterjährligen männlichen Arbeitslosen betrug dem 15. Oktober 1928 etwa vierterhalb, die der weiblichen etwa mehr als verdoppelt.

Die Verteilung der Arbeitslosen auf die beiden Beschäftig-
kategorien hängt naturgemäß auch in der Einteilung der einzelnen Soz.
klassen ihren Ausdruck. Bekanntlich gliedert das Arbeitslosen-
versicherungsgesetz die Arbeitnehmer je nach ihrem Einkommen in
zwei Soz.klassen, und die Höhe der Unterstützung des einzelnen richtet
sich nach der Soz.klasse, zu der er gehört. Große Arbeitslosigkei-
ten sind — verhältnismäßig gering entlohnen — Frauenberufen
(Gefäßindustrie, Heimarbeit in der Bekleidungsindustrie) ferner
infolge der zu einer Erhöhung des Anteils der Unterlütten in der
unteren Soz.klasse, der Arbeitslosigkeit quasi zur Folge. Diese
hat eine große Bedeutung für die oberen Soz.klassen, da diese
Versicherungen bedingen daher auch Unterlütten, die keinen Ver-
sicherungsbeitrag zu zahlen haben, die Arbeitslosenversicherung (einfach. Krantenfür-
sorge) je Kopf des Unterlütten erwachen. Durchschnittlich wür-
den sie (mit Verwaltungskosten, Zuschlägen für Familienangehörige
Krankenfortschätzungen, Kosten für Vermittlung usw.) auf rund
so bis 85 M. im Monat veranschlagen können. Das bedeutet
beispielsweise bei zwei Millionen Unterlütten einen Betrag von
rund 170 Millionen M. Es wäre jedoch falsch, diese Summe
für identisch mit der Arbeitslosenversicherung zu betrachten.
Der Verlust, den eine Arbeitslosigkeit von zwei Millionen Men-
schen mit sich bringt. Das Entscheidende ist vielmehr die
Produktionsausfall, den das Baudilegen der Arbeitsstra-
tegiensituation zur Folge hat.

Das Institut für Konjunkturforschung hat seinerseits berechnet, daß die Arbeitslosigkeit des Krisenjahres 1928 aus unserer Declu-
ne von allein vier Milliarden Markt Arbeitseinkommen gebracht habe.
Man stellt aber das Arbeitseinkommen nur einen Teil — freilich
den größten Teil — des Gegenwertes unserer Produktion dar, aus
der ja auch noch die sonstigen Einkommensbezüge (Zinsen, Dividen-
den, Pensionsleistungen, etc.) zu bilden sind. Diese verschiedenen
Wirtschaftsgruppen gefolgt werden müssen (Zinsen, Rente usw.).
Geht man von der Produktion als solcher aus, so ergibt eine un-
schätzbare Rechnung für die Gegenwart folgendes Bild: Man fan-
den Wert der deutschen Produktion bei voller Beschäftigung mit
etwas über 60 Milliarden RM. Im Jahre, das sich über 5 Mil-
liarden RM. im Monat, veranschlagen. Sind nun 2 v. H. der
Arbeitnehmer ausfall aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschaltet, so
bleibt — immer in roher Schätzung — unser Produktionsertrag
rund 10 v. H., d. h. um mehr als 500 Millionen im Monat hinter
seinem „Soll“ zurück. Eine Arbeitslosigkeit von rund 2½ Mil-
lionen Arbeitnehmern würde während zweier Monate demnach eine
Produktionsausfall von über einer Milliarde RM. zur Folge
haben!; das ist mehr als die Hälfte des Passivums unserer Handels-
bilanz während des ganzen Jahres 1928.

²⁾ Dabei enthält freilich im Jahre 1928 das Bekleidungs-gewerbe auch die Schuhindustrie, die 1927 noch in der „Lederverarbeitung“ geführt wurde.

^{*)} Bei Berücksichtigung der Kurzarbeit ergibt sich ein noch größerer Ausfall.

²⁾ Mit einer Ausnahme, über die am Schluß zu sprechen sein wird.

Diese außerordentlichen Verluste, die als Folgeerscheinungen jeder Arbeitslosigkeit auftreten, machen es begreiflich, daß man den Problemen der Konjunkturpolitik — und als ihrer Grundlage der Konjunkturforschung — in fast allen Ländern eine dauernd stärkere Beachtung schenkt. Der bedeutsamste praktische Gedanke, der in Deutschland auf diesem Gebiete in den letzten Jahren gefaßt wurde, ist wohl der, die Aufträge öffentlicher Stellen möglichst in Zeiten konjunkturellen oder saisonmäßigen Tiefstandes der Wirtschaft zu vergeben. Das läßt sich natürlich nicht reiflos durchführen, da ein großer Teil des öffentlichen Bedarfs laufend und nicht verschobbar ist. Immerhin wäre schon ein teilweises Gelingen von größtem Wert. Man bedenke nur, daß sich die Aufträge der öffentlichen Körperschaften insgesamt in einer Größenordnung von jährlich sieben bis acht Milliarden, also monatlich etwa 600 Millionen, bewegen; das sind rund 12 v. H. der deutschen Produktion und ist mehr als der oben geschätzte Produktionsverlust bei einer Arbeitslosigkeit von 2½ Millionen Menschen. Vorerst sind die Zersplitterungen in der Vergebung öffentlicher Aufträge noch außerordentlich groß und die Schwierigkeiten einer einheitlichen Politik sehr erheblich. Immerhin dürfte hier einer der wichtigsten Ansatzpunkte für eine systematische Beeinflussung des deutschen Arbeitsmarktes gegeben sein. Fortschritte auf diesem Gebiete wären um so wichtiger, als die Möglichkeiten einer konjunkturellen Dispositionspolitik bei uns vorläufig noch stark beschränkt sind. Unsere Kapitalknappheit und unsere Abhängigkeit von ausländischem Kapitalismus machen es unmöglich, die Dispositionspolitik in erster Linie auf konjunkturpolitische Gesichtspunkte einzustellen.

Eine weitere wichtige Aufgabe zur Beeinflussung des Arbeitsmarktes ist die Milderung der Saisonchwankungen. Den Vereinigten Staaten scheint es gelungen zu sein, auch auf diesem

Gebiete durch das Mittel des ganzjährigen Bauens bemerkenswerte Erfolge zu erzielen. Bei uns bemüht man sich zur Zeit, Klarzusehen, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen die amerikanischen Methoden auch in Deutschland angewendet werden können. Wenn man bedenkt, daß wir Mitte Januar allein fast eine halbe Million arbeitende Bauarbeiters hatten, so leuchtet die Bedeutung dieser Frage ohne weiteres ein.

Inzwischen wird voraussichtlich in den nächsten Jahren der Überfluß an Arbeitskräften von selbst eine zeitweilige Verminderung erfahren. Entgegen der normalen Entwicklung haben wir von 1932 ab für drei Jahre an Stelle der bisherigen ständigen Zunahme eine Abnahme in der Zahl der Erwerbstätigen von je rund 100 000 Personen zu erwarten — eine Folge des Geburtenrückgangs während der Kriegszeit. Hier also liegt einmal der seltene Fall einer plötzlichen großen Veränderung auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes vor. Inwieweit dadurch die Arbeitslosigkeit tatsächlich zurückgehen wird — das hängt letzten Endes naturgemäß auch von den übrigen Faktoren ab, die das Verhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage bestimmen. Aber in jedem Falle ist die Entspannung vorübergehend der Natur. Sie entsteht nicht in keiner Weise der Notwendigkeit, die Verluste einer bewußten Lenkung der Arbeitsmarktbewegungen mit größter Energie fortzusetzen. Hierher gehören aber selbstverständlich nicht allein die bereits angedeuteten saison- und konjunkturpolitischen Maßnahmen. Von mindestens gleicher — wenn nicht größerer — Bedeutung sind all diejenigen Bemühungen, die darauf abzielen, den industriellen Arbeitsmarkt — denn um den handelt es sich — auf die Dauer zu entlasten. Die Lösung des Arbeitslosenproblems ist bei uns auf das engste verbunden mit denjenigen wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Bestrebungen, die geeignet sind, der Zuwanderung in die Städte zu steuern und weiteren Schichten die Möglichkeit einer erträglichen Erziehung auf dem Lande zu schaffen.

Zum hundertsten Geburtstag des deutsch-amerikanischen Staatsmanns Carl Schurz. (2. März 1929.)

Von Dr. Paul Herzog.



Schurz
als kommender General

Es war kennzeichnend für die Enge unseres geschichtlichen Unterrichts, daß er nur den Dingen nachging, die sich im eigenen Staatsverbande abspielten, und nur selten die Frage anknüpfte, wie sich deutsches Fühlen und Denken außerhalb der deutschen Reichsgrenzen im Verlaufe der Weltgeschichte ausgemerkt hat. Die Geschichte einer Nation läßt nicht ihre Volkstaten, auch nicht die sichtbar in Erscheinung tretenden Formen des öffentlichen Lebens, sondern die Offenbarungen ihres Geistes, ihres menschlichen und geistlichen Gehaltes, ihre Leiden und Freuden, schließlich aber auch das Maß an Glück, das ein Volk sich und anderen zu bereiten in der Lage ist. Weil die Bewegungen des Jahres 1848 zu keinem Erfolge führten, weil sich die Vertreter des alten Regimes härter erwießen als der Verfechter des Volkstaates, hatte man es für gut befunden, die Ideen jener Zeit früh in Vergeßlichkeit geraten zu lassen und die Anhänger jener Bewegung mit dem Wort „Selbstsporn“ vor der Geschichte abzumähen. Hätte man freilich tiefer geforscht, dann hätte man bald gesehen, wie unrecht man mit einer solchen Beurteilung einer Bewegung tat, die nicht von heute auf morgen entstanden ist, sondern ihre Wurzeln tief in die vergangene Jahrhunderte hinabreicht und ihre besten Kräfte aus den deutschen Freiheitskriegen gezogen hat. Deutschland konnte den Völkern von Volksfreiheit und Demokratie im 19. Jahrhundert keine Heimstätte bieten. Also suchten sie dort ihre Verwirklichung, wo der Boden zu ihrer Aufnahme besser geschaffen war als daheim. Die Träger des demokratischen Ideals wanderten aus. Nicht nach Frankreich, nicht nach England, sondern nach Amerika. Deutsche Völkern wurden nach den Vereinigten Staaten verpflanzt und haben dort im Laufe eines Jahrhunderts gegenwärtige Fußfeste gebracht. Carl Schurz, dessen Name nicht nur dem Schulfeld nicht geläufig ist, wurde ihr oberster Vertreter. Amerika hat den „Selb-

sporn“ nicht ins Gefängnis geworfen oder an die frische Luft gesetzt, was ja immer noch nicht so schlimm gewesen wäre. Amerika hat den deutschen Idealisten aufgenommen, hat ihm Amerikas Verfügung gestellt und ihn sogar ins Innenministerium berufen. Von dem preußischen Polizeiminister heftig verfolgt, erliefte Schurz die seltene Genugung, als amerikanischer Innenminister sich der Sache der verfolgten Indianer gegen den eigenen Kriegsminister anzunehmen. So übte ein deutscher Gentleman Rache an einem überwundenen System! Auf amerikanischem Boden blühte eine späte Blume deutscher Humanität. Die deutschen Geschichtsbücher aber...

Carl Schurz kam in dem kleinen Rheinborsdorf Kibitz bei Köln am 2. März 1829 zur Welt. Sein Vater war Lehrer, führte sich aber nicht wohl in seinem Beruf. Mütterliche Liebe umhüllte ihn und beglückte ihn auf seinem weiten Lebensweg als Student, Aufsteiger, Flüchtling und Auswanderer. Während die Sorgfalt spricht aus dem Brief der Mutter an den Schüler des Kölner Jesuitengymnasiums: „Lieber Carl! Dein Genuß kann ich dir nicht unmöglich, vor Donnerstag besorgen, denn der Vater ist heimtätig nach Bonn gereist, und kommt nicht eher zurück bis Mittwoch Abend. Lieber Carl sei mit stetig in allen Gächern, besonders las die Religions- und tiefe Wurzel fassen, den daß ich der Stab worauf du dich stützen mußt, die mich von allen Irrewegen abhalten. Ich sage dir nochmal Vergeß dein Gebett nicht, Mann muß mit Gott Schlafen gehen und mit Gott Aufstehen, denn Vater und Mutter können dir nicht immer zur Seite sein —, aber unser Vater im Himmel der Verläßt seine gute Kinder nicht, daher muß du alles thun um Gott und den Menschen zu Gefallen.“ Im Bonn kommt der junge Student in Beziehung zu dem anregenden und freigiebigsten Professor Gottfried Kinkel. Tiefe Wurzeln schlagen die Gedanken von Volksfreiheit und Volksherrschaft, die dieser in seinem Koloss trägt. Die Religion der Kindheit macht dem Humanitätsideal Platz, lutherischem Glauben an die Stimme in der eigenen Brust. Diese Stimme ist seine andere als die der Menschen, die ihr Antlitz frei zu Gott erheben will. Dieses Vertrauen auf sich und die lebenden Grundkräfte verläßt ihn auch nicht, als er in der ersten Nacht eingeschlossen, seine letzte Stunde gekommen glaubt. In die Etern schreibt er: „Ich weiß, wie schwer ich Euch verlegt habe; ich kenne

die Hoffnungen, die Ihr auf mich baute, kenne den Schmerz der Enttäuschung, die Euch zerschellen muß. . . . Ich würde wie ein Sünder vor Euch stehen, wenn nicht das stolze Bewußtsein, Euch, meine Zukunft, mein ganzes Leben meinen Grundhügen geopfert zu haben, mir verbiete, meinen Namen zu beugen!"

Carl Schurz konnte sich vor der Gefangennahme retten. Durch einen unterirdischen Kaufgraben gelangte er aus der umzingelten Gefangenschaft auf eßstäbchen Gebiet. In Zürich erlitt ihn ein Brief der Gattin Kinfels, in dem sie ihn um Mithilfe bei der Befreiung ihres Mannes, der zu lebenslänglicher Internierung und Schurz wurde. Es war ein falscherblicher Internement und Schurz schickte viel auf das Spiel, aber er erklärte sich bereit. Mit falschem Paß kam er über die Grenze, irrte die Wälder, bedeckte alles mit Johanna Kinfel und begab sich dann nach Berlin, wo er sich ein Zimmer mietete. Kinfel war im Zuchthaus in Spandau untergebracht. Schwer war es, einen Wärter für den Plan zu gewinnen. Auch als sich einer bereit fand, stand der Erfolg auf des Messers Schneide. Aber dann gelang die Befreiung doch und beide entkamen unerkannt nach England.

Eine Rückkehr nach Deutschland gab es nicht mehr. Schurz mußte sich eine neue Heimat suchen. Die Hoffnung, daß die Sache des Volkes in Deutschland doch schließlich den Erfolg davon tragen würde, erwies sich als trügerisch. Mit den politischen Verhältnissen in Frankreich konnte sich Schurz nicht befassen. Zu den Engländern gewann er kein herzlicheres Verhältnis. Also kam nur Amerika in Betracht. Im August des Jahres 1852 schiffte sich Schurz mit seiner Gattin im Hafen von Portsmouth ein. Seine Gattin war 18, er selber 23 Jahre alt.

Da ich beschloß, hatte, die Vereinigten Staaten zu meiner bleibenden Heimat zu machen, nahm ich mir vor, alles von der günstigsten Seite zu betrachten und mich von keiner Enttäuschung entmutigen zu lassen." Diesen Grundsatz hat Schurz durchgeführt. Er ließ sich von den ersten Depressiven nicht schrecken, sondern verfolgte mit eiserner Energie das Ziel, sich mit den Voraussetzungen und Notwendigkeiten des Staates abzufinden, den er sich zur zweiten Heimat gewählt hatte. Den kürzesten Weg aber, mit den neuen Verhältnissen vertraut zu werden, sah er darin, amerikanischer Bürger zu werden. In Watertown im Staate Wisconsin kaufte er sich eine Farm und widmete sich eifrigem Sprachstudium, um die englische Sprache in Wort und Schrift zu beherrschen. Darauf verband er sich mit einem tüchtigen Rechtsanwalt. Nach geraumer Zeit hatte er sich ein beträchtliches Vermögen erworben. Das Jahr 1856 brachte ihn in die Politik. Fünfzig Jahre lang, bis zu seinem Tode hat er darin ausgehalten, ohne sich von Misserfolgen und Fehlschlägen irren machen zu lassen. Schurz gehörte zu jenen Menschen, denen die politische Betätigung Lebensaufgabe war. Aber auch hier zeigte sich, daß ihm die deutsche Heimat ein wertvolles Erbe hinterlassen hatte. Er betrieb Politik nicht als Geschäft, sondern als geistigen sittlichen Kampf um große Ideen und Grundbegriffe. Jene Stimme des Gewissens, die ihn in die Kämpfe der vier Jahre gerissen hatte, die wußte, die ihn bei der Befreiung Kinfels aus dem Gefängnis geleitet hatte, jene Stimme führte ihn auch jetzt wieder an die Seite Kinfels, der die Sklaverei in der Südstaaten aufgehoben. Lincoln, der die Sklaverei in der Südstaaten aufgehoben, dessen oberster Grundgesetz die Heiligkeit der Menschendignität war, und schickte ihn als Gesandten Amerikas nach Madrid, um Spanien von einer Intervention in die inneren Verhältnisse der Vereinigten Staaten abzuhalten. Mit großem Geschick entließ sich Schurz dieser Aufgabe. Nach seiner Rückkehr trat er in das Heer der Union ein und nahm an mehreren Schlachten des Bürgerkrieges teil.

Amerika kämpfte um seinen staatlichen Bestand. Im Norden und Süden standen sich zwei feindliche Wirtschaftssysteme gegenüber. In den Nordstaaten galt eine vielversprechende Industrie entwickelt, die ihre Arbeitskräfte suchte, wo sie sie nur fand. Die Konföderierten aber betrieben große Baumwollplantagen und gewannen ihre großen Vermögen aus der schlechtbezahlten Arbeits-

kraft importierter Neger. Der Norden bekämpfte die Sklaverei aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen. Der Süden verteidigte sie aus wirtschaftlichen und konfessionellen Gründen. Aus der Verschiedenartigkeit dieser wirtschaftlichen Interessen drohte der Zerfall der Union. Schurz wäre ein schlechter deutscher Achtundvierziger gewesen, wenn er Lincoln nicht in diesem Kampf um die Einheit des amerikanischen Staatswesens unterstützt hätte. Auch hier erwies sich, wie auch in der deutschen Geschichte, die bittere Notwendigkeit, auf kriegerischem Wege die Einigung und Freiheit der Nation herbeizuführen.

Nach der seiner Wahl in den Senat hat Carl Schurz in einem Brief an seinen Freund Kinfel die Gründe dargelegt, die ihn von einer Rückkehr in das alte Vaterland abhielten: „Die Verdrängung, wieder nach dem alten Vaterland überzusiedeln, trat diesmal ziemlich lebhaft an mich heran.“ — Schurz hielt sich zu dieser Zeit in Wiesbaden auf. — „Aber ich kann mich nicht dazu entschließen. In Amerika habe ich nun einmal tiefe Wurzeln geschlagen. Die Bestrebungen meiner besten Mannesjahre haben mich mit den dortigen Reformbewegungen identifiziert, und ich kann nicht aus den Reichen der Kämpfenden austreten, während noch so viel zu tun übrig bleibt, zu dessen Förderung meine Kraft mitwirken kann. Dann würde ich mich auch mit meiner Anschauung und meiner Art zu arbeiten hier nicht heimlich fühlen. In Amerika sehen wir die Resultate eines vernünftigen und energiegelassen Strebens rasch wachsen. Hier muß man mehr Geduld haben, als ich mir zutraue.“ In demselben Brief kommt er auch auf Bismarck zu sprechen, mit dem er in Berlin eine längere Unterredung gehabt hatte. „Er (Bismarck) ist unerschrocken ein bedeutender Mensch. Obgleich seine Antipathien nicht ungesprochen sind, so darf man doch Hoffnung aus dem Umkreis schöpfen, daß er einer von den energiegelassen, impulsiven Charakteren ist, deren Handlungen, wenn sie einmal engagiert sind, über ihre ursprünglichen Pläne hinausgehen.“ Treffend nimmt er Bismarcks Kampf um die deutsche Einigung vorweg: „In seinen Einheitsbestrebungen wird er feram vorwärtsgehen, und irre ich mich nicht, so wird er die Bürokratie untergraben, weil sie zu trüben und trübsüchtig ist, um seinen Plänen als ein hinreichend gelenktes und wirksames Instrument zu dienen.“

Enfänglich vor die Wahl gestellt, zwischen Bismarck und Lincoln sich zu entscheiden, wäre Schurz seinen Augenblick im Zweifel gewesen, für wen er zu stimmen gehabt hätte.

Im Jahre 1869 wurde Schurz vom Staat Missouri in den Senat geschickt. Unter dem Präsidenten Hayes trat er als Innenminister in das Kabinett ein. Mit großem Eifer bemühte er sich um die Reorganisation der Verwaltung. Er kämpfte gegen den

Anterscher und verlangte als Voraussetzung für jede dienstliche Beförderung der Beamten eine Leistungspfeilung. Das Gesetz wurde angenommen, aber einflussreiche Kreise wußten die Bewilligung der zur Durchführung notwendigen Gelder zu hintertreiben. Schurz hat auch später nie aufgehört, die Mißstände der amerikanischen Verwaltung zu brandmarken. Als er bei seiner Partei, den Republikanern, nicht genügend Unterstützung fand, kehrte er zu den Radikalen und schloß sich den Demokraten an. Persönliche Grundbegriffe fanden ihm höher als die einer Partei. Auch hierin ist er ein echter Deutscher geblieben. Mit Macht und dem ganzen Gewicht seiner überzeugungsstarken Persönlichkeit bekämpfte er in den späteren Jahren den amerikanischen Imperialismus. Freilich war ihm nur bei schweren, außer in der Wüste zu sein; gegen den allgemeinen Zeitstrom konnte er nicht answimmern. Wie kaum ein Zweiter dürfte er am Ende seines Lebens noch sich sagen, daß er nie für eine schlechte Sache seine Stimme hergegeben habe, und daß ihm sein Kampf um die Verwirklichung der Demokratie und der Menschenrechte wirklich ernst gewesen sei. Den Tod fürchtete er nicht. Als er am 14. Mai 1906 an ihn herantrat, empfing er ihn mit den Worten: „Es ist so einfach zu sterben.“ Mit Carl Schurz stand ein tapferer und weiser Weltbürger, der Deutschland Ehre gewann.



Kinfel und Schurz



Schurz-Deutsches Haus in New York



Produktivgenossenschaften

von Dr. August Müller, Staatssekretär a.D.



Genossenschaften sind Gesellschaften, die sozialen Zwecken ihrer Mitglieder dienen, das soziale Ideal aber nicht mit politischen, sondern mit wirtschaftlichen Mitteln zu erreichen versuchen. Die Entwicklung des Genossenschaftswesens steht dabei in engem Zusammenhang mit der allgemeinen Sozial- und Wirtschaftsentwicklung. Wir begegnen ganz folgerichtig den ersten Formen moderner Genossenschaftstätigkeit in Großbritannien, wo schon im letzten Drittel des

18. Jahrhunderts der neu entstehende Kapitalismus soziale Probleme schuf, denen man durch genossenschaftliches Wirken Herr zu werden versuchte. Es gelang zwar erst im Jahre 1843 den Typus einer Genossenschaft zu schaffen, bei der Form und Genossenschaftszweck einander decken: die berühmte Genossenschaft der Weblichen Pioniere von Rochdale, Modellgenossenschaft aller heute bestehenden Genossenschaftsformen. Aber die Zeit, die bis zum Ausfindigmachen dieses Typus verging, insbesondere die ersten vier Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, ist erfüllt von mannigfaltigen und formenreichen Experimenten genossenschaftlicher Art. Das interessanteste davon ist die Produktivgenossenschaft.

Schon in der französischen Enzyklopädie begegnen uns sonderbar verfrühte Empfehlungen gemeinsamer Arbeit von Einzelindividuen in gesellschaftlicher Form, die den Typus der Produktionsgenossenschaften voraussehen. Dann empfahl *Reflux de la Bretonne*, der berühmte Buchdruckführer, dessen Erzeugnisse heute in Gold aufgewogen werden, in, wie wir heute sagen würden, „autophischen“ Romanen ein gesellschaftliches System, das durch Zusammenschluß die Gesamtheit der auf Gerechtigkeit und nicht auf egoistischer Konkurrenz beruhenden wirtschaftlichen Beziehungen der in Gesellschaft lebenden Menschen regeln soll. In den gesellschaftsreformerischen Systemen von Fourier und Saint Simon spielen genossenschaftliche Zusammenschlüsse ähnlicher Art eine Rolle und als der Sozialpädagoge Robert Owen seinen Reformversuch von Einzelunternehmungen auf die gesamte Gesellschaft übertrug, macht er eigenartige Genossenschaften zu den Zellen seiner neuen Gesellschaftsorganisation.

Alle diese, im einzelnen recht verschiedenartigen Genossenschaftsexperimente wurzeln im letzten Grunde in den gleichen Vorstellungen, die auch den Produktivgenossenschaften zugrunde liegen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem beginnt in den Zeiten, von denen hier die Rede ist, eine besondere Gesellschaftsform: das Proletariat zu erzeugen, für die das Arbeitertafelchen Lebensschicksal geworden ist. Dadurch unterscheidet sie sich vom Handwerkgesellen, der mit Produktionsmitteln zu rechnen hatte, die, wenn er sie nicht ererbte oder ererbte, leicht auf anderem Wege zu beschaffen waren. Als aber an die Stelle des Schloßhermanns der schwere Dampfhammer und an die Stelle des Blasebalges das mächtige Gebläse der Hochöfen trat, war für die meisten Menschen die Beschaffung der Produktionsmittel aus eigener individueller Kraft unmöglich geworden. Diese Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln bestimmte das soziale Schicksal der modernen Lohnarbeiter. Aber solange dieser Prozeß sich auch

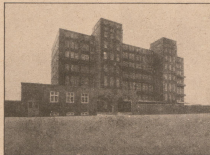
vollzog, immer gab es Rebellen dagegen, darunter auch solche, die Arbeitskraft und Produktionsmittel in der Weise zusammenfügen wollten, daß die Arbeiter zugleich Unternehmer wurden. Als Einzelwesen Arbeiter, wurden die gleichen Menschen als Kollektivsubjekt die Unternehmer selbst. Auf diese Weise, so schloß man, würde es gelingen, dem Arbeiter den Gesamtvertrag seiner Arbeit zuzuführen, ihn unabhängig zu machen vom kapitalistischen Unternehmer und auf genossenschaftlicher Grundlage Arbeiter und Produktionsmittel wieder zu vereinigen. Das ist die Idee der Produktivgenossenschaften, die in dieser Form zuerst im Jahre 1851 von Buchez in Paris als eine Produktivgenossenschaft von Tischlergesellen verwirklicht wurde, denen sich bald eine von Goldarbeitern anschloß.

Jahraus, jahrein wurden seitdem in den verschiedensten Ländern Produktivgenossenschaften gegründet und dabei eine imponierende Energie, gepaart mit großer Opferwilligkeit aufgewandt. Aber größtenteils erfolglos. Mangel an Kapital, Mangel an zur Leitung befähigten Kräften, auch Mangel an Disziplin und Unterordnung benachteiligt die Produktivgenossenschaften gegenüber kapitalistischen Unternehmungen. Wichtiges aus dieses ist der Umstand, daß die Produktivgenossenschaft zwar ein Unternehmen tragenden Genossen in Gemeinschaft produzieren läßt, aber dann beim Warenabgang in Konkurrenz mit den kapitalistischen Unternehmern treten muß, die dank ihrer Überlegenheit bei der Beobachtung und Befriedigung des Marktes beim Verkauf der Produkte die Überlegenen sind. Hat aber eine Produktivgenossenschaft das Glück, sich durchzusetzen, so werden menschlich erfüllbare Interessen und Bedürfnisse ihrer Totengräber. Die Genossen, deren Talent und Fleiß der Erfolg der Produktivgenossenschaften zu danken ist, nehmen keine neuen Mitglieder auf, stellen vielmehr Lohnarbeiter an, wodurch der produktivgenossenschaftliche Charakter eines solchen Unternehmens zerstört und es allmählich in eine kapitalistische Gesellschaftsform umgewandelt wird. Der Vorgang wiederholt sich bei erfolgreicheren Produktivgenossenschaften mit einer solchen Regelmäßigkeit, daß Franz Oppenheimer daraus ein Gesetz der Transformation der Produktivgenossenschaften¹⁾ abgeleitet hat.

Verfolgt man die Geschichte der Produktivgenossenschaften, so findet man darin Namen von hohem Klang, Experimente, die zu ihrer Zeit weitberühmt gewesen sind. An der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung steht der Vorschlag Kaffalles, den er im Jahre 1862 in seinem berühmten „Offenen Antwortschreiben“ an das Komitee der Leipziger Arbeiter geäußert hat; die Arbeiter sollten sich in Produktivgenossenschaften organisieren, um damit die kapitalistisch organisierten Produktionsformen zu sprengen. Vor Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften warnt Kaffalle in der gleichen Schrift als untauglichen Mitteln; sein bereiteter Mund fingt aber den Produktivgenossenschaften hohes Lob und so entzieht die erste deutsche Arbeiterpartei, die als vorkommendes Ziel das allgemeine Wahlrecht proklamiert, mit dessen Hilfe der Einfluß auf die Gesetzgebung erreicht werden kann, der für das produktivgenossenschaftliche Experiment auf der geplanten großen Grundlage erforderlich ist.



Raufhaus II der „Produktion“



Stetrische Wädhel der „Produktion“

So ist eine große weltgeschichtliche Tat durch einen Irrtum beeinflusst worden. Die genossenschaftliche Produktion hat aber ihre erfolgreiche Verwirklichung in einer anderen Form gefunden als Eigenproduktbetriebe der Konsumgenossenschaften.

Eine Produktgenossenschaft von Bäckerarbeitern — in Hamburg besteht eine solche — unterscheidet sich äußerlich nicht von der Bäckerei eines größeren Konsumvereins. Und dennoch sind beide Betriebe die Repräsentanten zweier verschiedener Wirtschaftssysteme. Die selbständige Produktionsgenossenschaft produziert für den allgemeinen, jedem Produzenten zugänglichen Warenmarkt. Bei der Produktabteilung des Konsumvereins entfallen aber Wirtschaftsverhältnisse, deren besondere Bedeutung am besten an ihrer historischen Entwicklung veranschaulicht wird. Die Konsumvereine sind anfänglich nur Genossenschaften gewesen, die eine zweckmäßigere Verteilung von Gebrauchsgütern vornehmen wollten. Als aber ein solcher Konsumverein einen größeren Mitgliederbestand, sage 5000, umfaßte, der bei ihm Brot kaufte, das von Bäckern bezogen werden mußte, da erwarb er innerhalb seines Mitgliederkreises eines Tages den Gedanke, man müsse dieses Brot doch nicht notwendigerweise von Bäckern beziehen, um es dann an die Konsumvereinsmitglieder weiterzugeben, man könne es vielmehr auch selbst herstellen.

Bei der Verwirklichung dieses Gedankens ergaben sich nun folgende Besonderheiten: Der Konsumverein konnte ziemlich genau berechnen, wie groß der Absatz der von ihm zu errichtenden Bäckerei sein werde und welche Produkte seine Mitglieder wahrscheinlich beziehen würden. So lag es überflüssig, in seinem Bedarf vorzususehender Markt vor, nach dessen Bedürfnissen man sich bei der Schaffung des Bäckereiproduktbetriebes richten konnte. Und nicht nur das. Dieser Markt war eigentlich gar kein Markt im hergebrachten Sinne. Es war kein Kampf um die Liebe und Freundschaft der Kunden zu führen, denn die Kundschaft war im Mitgliederkreis des Konsumvereins gegeben. Konkurrenz bestand nicht, denn diese Mitglieder bezogen ihr Brot aus ihrer eigenen Bäckerei und dachten nicht daran, einen anderen Bäcker in Anspruch zu nehmen, wenn die Eigenschaften der gelieferten Ware nicht dazu ersuchten. Koffispele, Zeilame und Kundenwerbung war für den Konsumverein infolgedessen überflüssig. Sein Produktbetrieb trat nicht in Konkurrenz zu anderen Betrieben, denen er die Kunden durch Preisunterbietung und Reklamendruck ablagen mußte, sondern er die Konsum.



Schlächterei der „Produktion“



Molkerei der „Produktion“ in Schwarzenberg



So ging es an . . .

Eigenproduktion werden 778 Personen beschäftigt, auf die im Durchschnitt ein Güterwert bei der Herstellung von 50 987 Mark entfällt. Die Schlachtereianlagen der großen Konsumgenossenschaft „Produktion“, die Bäckereianlagen der großen Konsumgenossenschaften fielen in ihrer Art die technisch best eingerichteten Anlagen auf diesem Gebiete dar und wussten so auch rein äußerlich die Fruchtbarkeit der Idee, die sie verwirklichten.

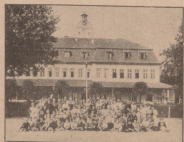
Für Güter, deren Absatz bei einzelnen Konsumgenossenschaften nicht ausreicht, um einen rationell wirtschaftenden Großbetrieb zu ihrer Herstellung einzurichten, ist eine zentralisierte Eigenproduktion erforderlich, die die Großeinzelkaufgenossenschaften der Konsumvereinsorganisationen übernehmen. So betreibt die Hamburger Großeinzelkaufgenossenschaft zwei Seifenfabriken, Leinwand- und Lederwarenfabriken, Gemüße- und Obstkonzernefabriken, Fischkonservenfabriken, Tabakfabriken, verschiedene Zertifikatsfabriken, eine Möbelfabrik, eine Metallfabrik, neuerdings auch ein Kanfgut, das mit der Gemüßkonservenfabrik in Verbindung steht. Dieser Zweig der Tätigkeit der Großeinzelkaufgenossenschaft ist im Jahre 1910 aufgenommen worden. Von da bis 1927 ist der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren von 2 955 000 auf 63 187 000 angewachsen. Eine ähnliche Entwicklung ist beim Reichsverband deutscher Konsumvereine festzustellen, dessen Genossenschaften im



Reinstitute



Zentrallager der „Produktion“



Kindererziehungsheim

Jahre 1926 von einem Gesamtumfatz von 128 Millionen 16,3 Millionen in der Eigenproduktion erzielten, während bei der Großverkaufsgesellschaft dieser Konsumgenossenschaftsorganisation von einem Gesamtumfatz von 45 Millionen rund 7 Millionen auf die Eigenproduktion entfielen. Man aber gar noch für die Zukunft von dieser Entwicklung der Konsumgenossenschaften zu erwarten ist, das lehrt ein Blick auf die beiden Großverkaufsgesellschaften in England und Schottland mit einer sehr formenreichen und mannigfaltigen Eigenproduktion im Gesamtumfatz von annähernd 700 Millionen Markt.

Demgegenüber spielen die paar noch vorhandenen selbständigen Produktionsgenossenschaften eine beschriebene Rolle. Ihre Existenz ist überhaupt in der Regel nur dadurch möglich geworden, daß sie an die Konsumvereine liefern. Aber aus eigener Kraft vermögen sich



Und heute: Kaufhalle der „Produktion“

heute solche Produktionsgenossenschaften zu behaupten, wenn ihnen ganz besonders günstige Umstände zustatten kommen, und das ist nur selten der Fall. Nur von einer besonderen Form der Produktionsgenossenschaften gilt das nicht, das sind die in der Nachkriegszeit von den Organisationen der Bauarbeiter errichteten Produktbetriebe, die „Sozialen Baubetriebe“ der freigemeinschaftlichen Organisationen und der „Baubetriebverband deutscher Bauproduktionsgenossenschaften“, der sich auf die christlichen Gewerkschaften gründet. Um Produktionsgenossenschaften im ursprünglichen Sinne des Wortes handelt es sich aber auch hierbei nicht; sie verkörpern ihre erfolgreiche Entwicklung gerade dem Umstand, daß die sie stützenden Gewerkschaftsorganisationen die Entstehung des Typus der reinen Produktionsgenossenschaft erfolgreich zu verhindern vermochten.

Bernhard Kellermann / Zu seinem 50. Geburtstag am 4. März 1929.

Nach Thomas Mann, Hermann Hesse und Jakob Wassermann wird jetzt auch Bernhard Kellermann fünfzig Jahre alt. Diese Generation der siebziger Jahre, wo hat sie literarisch begonnen und wo steht sie heute?

Thomas Mann hat sich von der psychologischen Novelle wie „Der kleine Herr Friedemann“ zum großen deutschen Bildungsroman, dem „Zauberberg“, durchgerungen.

Wassermann gelangte von der „Keneate fuchs“, einer Dichtung, die noch nicht geschlossener Roman, sondern Aneinanderreihung von Episoden war, in seinem letzten Werk zur formstärkenden Romanogestaltung. Mit männlichem Ernst und Ethos setzt er sich mit

wichtigen Zeitproblemen auseinander, und im „Fall Maurizius“ mit der Zukunft des heutigen Staates. Er bemüht sich auch hierin als scharfer kritischer Beobachter und als mitfühlender und doch sachlicher Menschenbildner.

Hermann Hesse war Romantiker und ist es geblieben. Doch der Weg von „Knulp“ zum „Steppenwolf“ ist die Entwicklung von Eichendorff zu Novalis.

Bernhard Kellermann ist auch Romantiker, besonders in seiner ersten Schaffensperiode. Mit dem Überschwang eines heissen, jugendlichen Hergens spürt er den verborgenen und jastigen Dingen des Lebens und der Natur. Mitunter erinnert er auch in der Technik an einen ganz großen Lebenden, einen unermüdbaren Krieger, der jetzt zum reifen Darsteller der Menschen und ihrer Schicksale gewachsen ist: an Knut Hamsun.

Kellermanns erster lyrischer Roman „Neger und Ki“ wurde ein großer Erfolg bei allen bestimmten Naturen, die hier den Dichter sofort spürten. Diese „Geschichte einer Schmach“, das Liebeserlebnis eines durch Enttäuschungen erlittenen Kämpfers, das ihm neue Anmut gibt und ihn zu einem ungeahnten Höhepunkt führt, gibt ihm die Kraft und die Liebe zum Leben zurück. Seine Leidenschaft zu einem bürgerlichen und eigentlich nur kultivierten Mädchen, das gar nicht diese Höhen und Tiefen des Gefühls erleben kann, erreicht ihren Gipfel in einem einzigen, wortlosen Abschiedsflug. Ein paar Blumen streute er auf die Schienen des Zuges, der ihm das geliebte Mädchen für immer entführt, eine unsentimentale Geste voll tiefen und beherzten Gefühls.

Danach erscheint „Ingeborg“, wieder ein lyrischer Roman, ein Hymnus auf die Liebe, das Leben und die Schönheit der Natur. Auch hier die Schilderung von Einzelschicksalen. In beiden Romanen war Thema die Liebe zweier Menschen, die Liebe von Mann und Weib.

Wer vermag aber alle Menschen, die ganze Welt zu lieben? Wer liebt „die Erniedrigten und Verleibigten“? Richard Grau, der „Gott“ kommt in die kleine Stadt. Ein Mädchen hat sich erhängt, nachdem es ein Kind geboren hat. Richard Grau muß helfen. Für das Kind muß geforgt werden und für die hinterbliebene Mutter der Selbstmörderin. Schnell lernt er bei Erfüllung seiner Mission, zu der es ihn „treibt“, wie Kellermanns Menschen alle „geliebt“ werden, die ganze Stadt kennen. Nichts bleibt ihm

verschlossen. Durch sein warmes, mitfühlendes Herz und sein unbefangenes und beschäutes Wesen entfällt sich ihm eines jeden Elend und feilsche Not. Er ist ein Träumer, ein Phantast. Seine Visionen lassen ihn Dinge erleben, von denen die anderen nichts ahnen. Das an der Tuberkulose dahinsinkende Mädchen, das Kind des verstorbenen Lebrers, das er liebt, gibt ihm im Verleiden den ersten und zugleich letzten Kuß, für ihn ein tödlicher Kuß, da dadurch die Krankheit auf ihn übertragen wird. Hart und rein ist auch seine Liebe zu Udele. Sie erwidert diese Liebe, muß und will aber aus Stolz den von ihren Eltern bestimmten reichen Mann heiraten. Er wartet

se noch nach seinem Tode durch einen Brief, den sie erst erhalten soll, wenn er nicht mehr am Leben ist: „Hüte deine Seele, sie ist das einzige, was du besitzt“, und dann führt er, wie es schließlich einmal die Hebel hilft, fort, „unerforscht ist das Leben, unerforscht der Tod“.

Liebe und Hoff, Freundschaft und Feindschaft, Wahrheit und Lüge, Arbeit und Suss, alle menschlichen Leidenschaftlichkeiten mündet „das Meer“ auf. Überzeugend und gewaltig schildert Kellermann die Macht und die Schönheit des Meeres und die Gelben und Freuden der vom Meer und dessen Säunen abhängigen Fischer an der breitanigen Küste. Auch hier Liebe zur Natur und Liebe und Leidenschaftlichen einfacher Menschen von einem Dichter gesehen.

Ganz losgelöst gibt der Impressionist Kellermann, ein nun sicher geworbener Beobachter, nach Japan. Er gibt eine zwanglose und anmutige Schilderung dieses Wunderlandes in seinem „Spaziergang in Japan“ und „Sassa yo Yassa“, japanische Tänze, illustriert von Karl Waller.

1913, nach schmerzhaften Schaffen, erscheint von ihm ein lyrischer Sensationsroman. Seiner romantischen Natur gemäßer schreibt er einen Zukunftsroman, ein neues Feld für seine schwarmhafte Phantasie und bildreiche Gestaltungsart. Vielleicht haben seine Reisen ihm den Blick für die gigantischen Möglichkeiten der Technik geöffnet. Auch das damit engerbundene soziale Problem beginnt ihm zu beschäftigen. Erbitterter Konkurrenzkampf, Streiks, Katastrophen geben dem Werk seinen gewaltigen Rhythmus. Massenjungen erheben das Tempo. „Der Tunnel“ von Amerika nach Europa wird nach Überwindung ungeachteter Schwierigkeiten und dematistischer Zwischenfälle vollendet. — Im Kriege tritt Kellermann als Kriegsbereitschaftler an der Westfront auf. „Der Krieg im Westen“, seine postdenden Schilderungen bringen ihn zum unmittelbaren Erleben der Zeit, und sein weiterer Weg führt zum zeitgebundenen Roman.

Die Ereignisse der Revolution gestaltet er im „9. November“. Dieser Roman ist fast schon ein Filmmanuskript. Ihn er selber einen Höhepunkt des Gefühls erreicht, erzielt er seit dem „Tunnel“ unerwachte Leseanregung. Aber hier beginnt auch gleich die große Gefahr für ihn.

Kellermann wandelt sich zum Zeitungs- und Sensationsroman- und Filmgarant. Ereignisse und Tempo müssen dem



seelischen Erlebnis weichen. Trotzdem sind auch seine letzten Werke nicht ohne Ethos. „Die Brüder Schellenberg“, ein Roman der Nachkriegszeit, führt Kellermann, der man sich einen „Kellernserfolg“ ersieht, zur weiteren Schilderung der Technik. Er kommt zum Industrieroman, kommt damit zur Behandlung sozialer Fragen. Zwei Brüder werden charakterisiert, die durch die Gegensätze ihrer sozialen Einstellung immer mehr zu Feinden werden.

In diesem Roman legt Kellermann auch sein Bekenntnis zum neuen Deutschland ab.

„Schwedenkreuz Erlebnis“ mutet an wie ein Zurückgreifen auf seine frühen romantischen Anfänge.

Dann durchquert er Persien. Das Ergebnis ist wieder eine Reifechilderung: „Auf Perfiens Karawanenpfaden.“

Hans Heitiger.

Zur Zeitgeschichte

Elsäß-Debatte in der französischen Kammer.

In Elsäß-Kotringen will es nicht zur Ruhe kommen. Das Malaise alsacien, das elsässische Unbehagen, ist schon ein lebender Abschied der französischen Presse geworden. Anfang Februar haben sich die französische Kammer und die französische Regierung genötigt gesehen, sich mit dem elsässischen Unbehagen wieder einmal auseinanderzusetzen, nachdem bei den Kammerwahlen im Frühjahr letzten Jahres und dann bei den Ersatzwahlen für die ihres Mandates für verlustig erklärten zwei autonominischen Abgeordneten Adelin und Kößle im Januar vollzogenen Ersatzwahlen die Autonominen, d. h. die Verteidiger der elsässischen Heimatsrechte sehr große Erfolge erzielt hatten. Die Debatte in der französischen Kammer, während deren Ministerpräsident Poincaré an mehreren Tagen eine im ganzen 15stündige Rede hielt, endigte mit einer völlig nichtsnutigen, über die die französische Presse selbst recht unzufrieden war. Diese Resolution drückt nämlich der Bevölkerung von Elsäß und Kotringen das Vertrauen auf ihre patriotische Unabhängigkeit aus, vermeidet es aber peinlich zu dem materiellen Inhalt der mehrstündigen Kammerdiskussion Stellung zu nehmen. Zu einer Resolution, die das getan hätte, hätte man weder auf der rechten noch auf der linken Seite des Hauses eine Mehrheit zusammenbekommen.

Damit ist die Lage gekennzeichnet. Das Verhältnis Frankreichs zu Elsäß-Kotringen und zu dessen Klagen und Wünschen ist durch innerpolitische Gegensätze heillos verwirrt. Dadurch wird eine Erkenntnis des Notwendigen, ja die sachliche Diskussion unmöglich gemacht. Der elsässische Autonomismus verlangt, daß Frankreich der sprachlichen, kulturellen und kirchlichen Sonderlage Elsäß-Kotringens Rechnung trägt, er verlangt einen gewissen föderalen Charakter der gegenwärtigen französischen Republik, wobei die Kirchen- und die Schulfrage die Hauptrolle spielen. Die gefante Eins in Frankreich fordert die Beteiligung der Sonderstellung der Kirche in Elsäß-Kotringen, d. h. die Ausbeziehung der Trennung von Kirche und Staat auf Elsäß-Kotringen, kurz, daß Elsäß-Kotringen in jener Hinsicht mit dem übrigen Frankreich gleichgemacht wird. Gerade das erregt den beständigen Widerspruch der Mehrzahl der Elsässer, und weil unter einem Einkammersystem, nämlich unter dem Kabinett Herriot 1924/25 das elsässische Unbehagen zum erstenmal fruchtbarer zum Ausdruck kam, macht die Rechte in Frankreich die Eins in dies Unbehagen verantwortlich. Die Eins erwidert darauf mit dem Vorwurf an die Linke der Rechte, das Unbehagen werde durch die elsässische Selbstliebe nur aus religiösen Gründen geführt, und dieser Geistlichkeit habe die Rechte durch die Aufrechterhaltung des Konfessionsbundes zu ihr Intrigen nötige Machtgrundlagen gegeben. Worum es sich eigentlich handelt in Elsäß-Kotringen, nämlich um den Selbstbehaltungswillen einer nach Tradition, Sprache und Kultur überwiegend deutschen Bevölkerung, die nach französischem Willen in der einzigen und unteilbaren Republik romanisiert werden soll, davon ist in Frankreich heute gesehentlich innerpolitisch keine Raum die Rede. Traubenbrennendes Programm zur Behauptung der inneren Einheit, gegen den Gegensatz zwischen der elsäß-kotringischen Bevölkerung und Frankreich wird nirgends sichtbar. Poincaré hat in seiner langen Rede als einziges Positives für die Zukunft eine verstärkte, in deutscher Sprache gehaltenen Propaganda zur Gewinnung der Elsässer in Aussicht gestellt!

Es scheint überhaupt an die Allmacht der Propaganda zu glauben. Denn er hat in seiner Rede sich auch ausführlich mit der deutschen Propaganda beschäftigt. Er hat dabei ausgerechnet, daß das deutsche Reichsbudget für Propagandazwecke 94 948 000 RM., also mehr als 660 000 000 Fr. vorläge. Reichsaussenminister Stresemann hat diese merkwürdige Rechnung Poincarés schon in der Öffentlichkeit auf ihre wirkliche Größe, nämlich auf 21 530 000 RM., reduziert.

Es ergibt sich dann, daß im französischen Budget für 1929 für Auslandspropaganda im ganzen 90 987 000 Fr. vorgesehen sind, davon beim Außenministerium 57,7, beim Ministerium für Kunst und Unterricht 13,5 und beim Marineministerium 19,1 Millionen Fr., die 90 000 000 Fr. sind immerhin auch reichlich 15 000 000 RM. Wenn man bedenkt, daß Frankreich nicht wie

Deutschland 25 000 000 Minderheiten im Ausland befißt, für deren kulturelle Bedürfnisse es vielfach in Anspruch genommen wird, wenn man ferner bedenkt, daß es in Frankreich mehrere große und sehr finanzstarke Propaganda-Organisationen gibt, wie die Alliance française, so find die französischen Kredite für Auslandspropaganda relativ erheblich höher als die deutschen. Dazu kommt nun, daß im französischen Budget noch folgende Posten vorhanden sind, die ebenfalls für die nach Auslandspropaganda aussehen, nämlich Kredite für die Beteiligung Frankreichs an internationalen Kongressen 26,5 Millionen Fr., für im Heeres- und Landwirtschaftsministerium vorgesehene Missionen 14,75 Millionen Fr. und für die Orientalische Schule 1,145 Millionen Fr. Wer die französische Kulturpropaganda nun ein wenig kennt, weiß, wie roge sie überall in der Welt ist und wie gerade die Beteiligung an internationalen Kongressen ihr reichlich Anlaß zur Betätigung bietet. Man muß also leider konstatieren, daß die deutschen Propagandafonds nicht etwa größer, sondern erheblich kleiner sind als die französischen. Daß die Franzosen in punkto Propaganda eine sehr viel ältere und sehr viel reichere Tradition haben als wir Deutschen, daß sie hinsichtlich Kulturpropaganda Betätigung sogar weitaus die erste Stelle unter allen Völkern der Welt einnehmen, ist bekannt genug und auch Herr Poincaré weiß es sicher ganz genau.

Deutsches Reich Nationalversammlung.

4. März 1919 — 4. März 1929.

Es mutet oft wie ein Traum an, daß das, was noch in unserer lebhaftesten Erinnerung lebt, was das einschneidende, nicht nur für ein Menschenleben, sondern vielmehr für Generationen bestimmende Erlebnis menschlicher und geschichtlicher Art war, einmal Wirklichkeit gewesen sein soll. Denn keine Generation der Geschichte — auch die des sojährtigen Krieges nicht — ist jemals Mitleid und Mitleidsgedanken solcher Vorgänge und Ereignisse gewesen wie wir. Niemals wohl haben geschichtliche Veränderungen in so kurzer Zeitspanne auch das einzelne individuelle Leben betroffen, Organismen zerstört, Gemeindefürsorge neu gebildet und niemals hat Zeitgeschichte so sehr und so tief bis in die entlegensten Begriffe und einfachen Oasen menschlicher Behauptung seine tiefen Schatten geworfen, wie das, was die Geschichte der letzten zehn oder zwanzig Jahre umschließt.

Hier find wohl die Ursachen zu suchen, warum wir heute im Alltagsleben so ganz anders zu den Problemen des politischen Lebens leben, als noch das Alter vor uns. Nicht um geschichtsphilosophische Betrachtungen anzuknüpfen, ist dies hier angedeutet, sondern um die Notwendigkeit zu erklären, auch das eigene geschichtliche Erlebnis in lebendige Beziehung zum Gegenwartsleben zu bringen, um dadurch Maßstab und Distanz für Härten und Bitternisse des Alltags zu gewinnen, deren Sinn- und Zweckhaftigkeit wir sonst nicht begreifen. War das nachbismarckische Zeitalter erloschen in dem tödlichen Gefühl der „saturnischen“ Verhältnisse, in dem Bewußtsein: wie herrlich weit wir es gebracht haben, so leben wir heute das gleiche Deutschland, einen um die Konfession von Vergangenheit und Gegenwart, um das Ineinanderstößen des eigenen Erlebens und des Alltagschicksals.

Anbers als im Reich hand der Regierung Vollzugsausführung, Staatsrat der deutschen Reichsrepublik vom ersten Tage der Gründung des neuen Staatsgebildes an eine parlamentarische Körperschaft, die aus den noch vor dem Weltkrieg in den Gebieten Allotrischer gewählten deutschen Abgeordneten zusammengesetzte provisorische Nationalversammlung, zur Seite. Ihre parteiämäßige Zusammenlegung entsprach zwar nicht vollends dem gerade nach den Umwälzungen deutliche zutage tretenden Volkswillen, verkörperte aber doch in den großen politischen Fragen (republikanische Verfassung, Wiedereinsetzung mit dem Deutschen Reich usw.) — wie weisen sollten — die Meinung und Übergang der Nationalversammlung der deutschen Bevölkerung Allotrischer und — gegenüber den alliierten und assoziierten Mächten — die Forderung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes. In ihr waren die Südentländer, Südtirol, Unterelbmark ebenso vertreten wie die Alpenländer. Nur die Vertreter des schon von der provisorischen Nationalversammlung für Deutschland beanspruchten deutschen Teiles Westungarns

fehlten. Die Regierung, die sich auf die Mitarbeit aller Parteien stützte, und die provisorische Nationalversammlung gaben die notwendigen Grundlagen, auf denen der Unterbau des als Bundesstaat im Deutschen Reich gebachten neuen Staates errichtet werden konnte. In dem Staatsgesetz vom 12. November 1918 hatte ja bekanntlich die provisorische Nationalversammlung einstimmig Deutschösterreichs Verfassung als republikanisch und den Anschluß an das Deutsche Reich erklärt. Die ersten Durchführungsmaßnahmen für die verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die Erhaltung und Umgestaltung des Verwaltungssystems, die Sorge um die aufs äußerste gefährdete Verpflegung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln und Kohlen, die Demobilisierung der Truppen, deren Heimkehrsicherung und Arbeitsvermittlung, die Vorbereitung für die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung, das waren die wichtigsten Aufgaben der provisorischen Nationalversammlung, die sie in den Monaten eines unerschütterlichen Chaos, einer grauenvollen Not — in ihrem Wirkungskreis durch feindliche Besetzung auf über die Hälfte ihres Staatsgebietes beschränkt —, auch erfüllt hat. Freilich die eine Hoffnung, die Deutschösterreich in jenen Tagen legte, schon an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung teilnehmen zu können und damit den Anschluß faktisch zu vollziehen, ist nicht erfüllt worden. Am 16. Februar 1919 mußten die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung Deutschösterreichs — getrennt von jenen des Deutschen Reiches, aber unter Teilnahme der in Deutschösterreich lebenden Reichsdeutschen — durchgeführt werden. Dem Umstand, daß diese Wahlen infolge der feindlichen Besetzungen nur in den Alpenländern stattfanden, konnten, wie auch der ersten Teilnahme der Frauen an politischen Wahlen in Österreich, ist es zuzuschreiben, daß die konstituierende Nationalversammlung gegenüber dem altösterreichischen Parlament ein wesentlich anderes Bild der parteipolitischen Zusammensetzung zeigte. An Stelle der Bunttheit der früheren deutschen Parteien traten nun nur drei Gruppen, die sich 3. C. allerdings erst im Laufe des parlamentarischen Lebens gebildet hatten. Als stärkste Partei ging die sozialdemokratische Partei Deutschösterreichs mit 70 Vertretern aus den Wahlen hervor. Ihr folgte die christlichsoziale mit 62 Abgeordneten und schließlich als dritte Gruppe 24 Vertreter der bürgerlich-freiwirtschaftlichen Richtung (Deutschdemokraten, Deutschnationalen, Streikfreier Bauernbund usw.). Das Erscheinen je eines Vertreters der jüdischnationalen und scheidenden Minderheiten — in Wien zum ersten und letztmalig gewählt — bewies, daß Österreichs Wahlrecht selbst den kleinsten nationalen Minderheiten die Möglichkeit einer parlamentarischen Vertretung gewährleistete. Mit Recht konnte der damalige Präsident der konstituierenden Nationalversammlung, Abg. Seif, erklären: „Die Wahlen waren berufen — das war die Plattform dieser Wahlen — zu entscheiden über die Staatsform, über unsere Beziehungen zu den Nachbarstaaten und über den Aufbau unserer Wirtschaft, und sie haben entschieden: für die Republik, für den Anschluß an Deutschland, für die soziale Umgestaltung der Volkswirtschaft und die Interessen des gesamten wertigen Volkes.“

Als die konstituierende Nationalversammlung Deutschösterreichs am 4. März 1919 zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat, zeigte der politische Horizont kaum ein weißes Fleckchen, das den Glauben und die Hoffnung eines Volkes hätte fassen können. Das Reich lebte unter den Anfängen des Bolschewismus und der ententistischen Mächte. Zur gleichen Stunde, als Deutschösterreichs konstituierende Nationalversammlung ihr Bekenntnis zur Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich bekräftigte, brach in Deutschland der Generalstreik aus. Auch in Berlin wurde das Standrecht proklamiert. Die neuerstandene Tschechoslowakei drohte alle eben erst mit Österreich aufgenommenen diplomatischen Beziehungen wegen der Besetzung Südmährens abzubauen. Aus Paris kam eine Protestnote nach der anderen. Im Kande feilten standen feindliche Truppen mit Gewehr bei Fuß. Die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung des Landes war nicht einmal von einem Tag zum anderen gesichert. In selbst das Maß für die Grenzen ihres souveränen Einflusses kannte die konstituierende Nationalversammlung nicht.

Das rasche Zerbersten hat uns nur zu leicht übersehen lassen, unter welch ungeheurer schwerer Verdrücktheit damals in deutschen Völkern die ersten Schritte zu einem politischen und nationalen Wiederaufbau unternommen wurden. Die spätere Geschichtsschreibung mag — vielleicht mit Recht — einmal feststellen, daß da und dort schwere Fehler politischer und nationaler Art begangen worden sind. Sie aber wird urteilen aus der Kenntnis der gesamten Kräfte, die in jenen Tagen gewirkt haben. Jene wenigen Männer aber, die auch in den kritischsten Augenblicken den Mut zu neuem Schaffen nicht verloren hatten, konnten diese Kräfte nicht übersehen und deshalb die eigenen vielleicht nicht immer richtig einsetzten. Dies war in Deutschösterreich nicht anders als im Reich.

Vor drei große Aufgaben waren Deutschösterreichs konstituierende Nationalversammlung und die nach den Wahlen gebildete sozialdemokratisch-christlichsoziale Regierungskoalition gestellt: Die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich, den Anschluß eines

friedensvertrages mit den Mächten und den Aufbau einer Verfassung. Freilich die ersten beiden Aufgaben stellten die verfassungsrechtlichen Probleme anfangs völlig in den Hintergrund. Denn wo war in diesen Tagen auch die Abklärbarkeit des Geistes und die Ruhe des Gemütes, um prüfen zu können, welche verfassungsmäßigen Einrichtungen die besten gewesen wären?

Bald folgte sich jedoch zeigen, daß die wertvollste Entscheidung über alle diese Aufgaben nicht zuerst dem Selbstbestimmungsrecht unterworfen war, sondern der Gewalt der Gegner. Die Machthaber von Versailles und St. Germain verhiinderten den Anschluß, distanzten den Frieden und bestanden schließlich die Grenzen fest, innerhalb denen Deutschösterreich seine Verfassung bestimmen durfte. Deutsche mußten von Deutschen scheiden, die mehr als ein Jahrtausend in staatlicher und wirtschaftlicher Gemeinschaft gelebt hatten, Deutsche durften nicht zu Deutschen, weil „Österreich“ als Korridor eines Staatssystems gedacht war, das des Deutschen Reiches mitteleuropäische Stellung politisch und wirtschaftlich verankern sollte.

Wer die Zukunft eines Volkes, ja die der europäischen Nationen überhaupt besah, der kann und muß Glauben und Schaffen um die Wiedergeburt nationalen Lebens nur in einer lebendigen und sinnfälligen Beziehung zwischen Vergangenheit und Gegenwart versenken sehen. Er kann nur von dem, was als ein Wohl als besser erhoffen, als was es einst war und ist; eine Zukunft, die Deutschösterreichs konstituierende Nationalversammlung in jener denkwürdigen Sitzung vom 12. März 1919 vorgezeichnet hat: Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches.

Dr. Heinz von Paller, Wien.

Das Arbeitschutzgesetz.

In Nr. 24 des Jahrgangs 1926 dieses Blattes ist über die durch den Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes gestellte Neuregelung des Arbeitsrechts berichtet worden. Der ursprünglich im Dezember 1926 vorgelegte Entwurf hat seitdem ein wechselvolles Schicksal gehabt. Er wurde im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat eingehend beraten. Dabei wurden, zum Teil durch eigene Anträge der Reichsregierung, gewisse Änderungen vorgenommen. Die Beratungen des Reichsrats wurden im März, die des Reichswirtschaftsrats im Juli 1928 beendet. Der Gesamtentwurf in der Fassung der Reichsratsbeschlüsse konnte dem Reichstag wegen dessen vorzeitiger Auflösung nicht mehr zugehen. Er mußte dabei dem Reichsrat nochmals vorgelegt werden, und die inzwischen neu zusammengesetzte Reichsregierung nahm Anlaß, den Entwurf in einigen Punkten, die besonders die Arbeitsaufsicht betrafen, zu ändern. Im Reichstag sind die Beratungen am 1. Februar dieses Jahres mit einer großartigsten Rede des Reichsarbeitsministers eröffnet worden.

Welche wichtigen Veränderungen sind nun am Entwurf vorgenommen worden, seitdem 1926 über ihn in diesen Spalten berichtet wurde? — Zum Geltungsbereich der Arbeitsvorschriften ist vom Reichsrat mit Rücksicht besonders auf das Handwerk die Bestimmung eingefügt worden, daß die Arbeitszeit für Betriebe mit nicht mehr als fünf Arbeitnehmern abweichend von den allgemeinen Vorschriften geregelt werden kann. Die Arbeitsvorschriften selbst sind in ihren Grundzügen im neuen Entwurf unverändert geblieben.

Der Grundgedanke des Achtstundentages und der 48-Stundenwoche soll also die gesetzliche Sanction erhalten; für sogenannte kontinuierliche Betriebe darf die wöchentliche Arbeitszeit 56 Stunden betragen, was natürlich auf eine Bestimmung des Zweitschichtsystems mit seinen allgütigen Schichtzeiten für die Beschäftigten hinausläuft. Der Verzichtsbereich der Arbeitsverhältnisse und der Bedürfnisse der Wirtschaft soll durch eine Reihe von Vorschriften über andere Verteilung der Arbeitszeit, Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten, Arbeitsbereitschaft und Mitarbeiter Rechnung getragen werden. Der Entwurf begrenzt die Zahl der — mit Aufschlag zu bezahlenden — Mehrarbeitsstunden auf höchstens 300 im Jahre, also im Durchschnitt auf höchstens eine Stunde wöchentlich.

Bei den Vorschriften über den Mutterlohn wurden, nachdem Deutschland das Internationale Arbeitsübereinkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Wiederkunft im Jahre 1927 ratifiziert hatte, die hierzu ergrungenen Beschlüsse vom 16. Juli und 29. Oktober 1927 beibehalten. So kommen die Mütter in dieser Schutzvorschriften einem größeren Kreise von arbeitenden Müttern zugute, als das im ursprünglichen Entwurf vorgesehen war. — Eine gewisse Ausdehnung haben die Vorschriften über den Schutz der Jugendlichen und Kinder erfahren. (Ausdehnung des Kinderschutzes auf alle noch schulpflichtigen Kinder, schulpflichtige Anordnung des freien Sonabendnachmittags für Jugendliche.) — Von weiten Kreisen begrüßt werden dürfte eine neuerungsfähige Bestimmung, wonach am Heiligabend die Läden um 5 Uhr geschlossen werden müssen.

Einer einschneidenden Revision ist der Abschnitt über die Organisation der Arbeitsaufkunft unterzogen worden. Während der ursprüngliche Entwurf in dieser Beziehung im wesentlichen den jetzigen Zustand beibehalten wollte, soll nunmehr für eine größere Vereinheitlichung der Arbeitsaufkunft Sorge getragen werden. Zu diesem Zweck sollen für größere Bezirke Landesarbeitschulämter geschaffen, dem Reichsarbeitsminister auf die Bildung der Bezirke und auf Dorbbildung und Tätigstellung der Aufstiebsbeamten ein größerer Einfluß als bisher gesichert und ein neuartiges, bis zu einer Spruchstelle im Reichsarbeitsministerium reichendes Beschwerdeverfahren eingeführt werden. Ferner soll durch Bildung von Beiräten bei den Landesarbeitschulämtern sowie durch den Reichsausschuß für Arbeitsaufkunft beim Reichsarbeitsministerium eine stärkere Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmer bei der Arbeitsaufkunft herbeigeführt werden. Die Arbeitnehmer bei der Arbeitsaufkunft als Landesbediensteten oder weiterhin der Dienstaufkunft der Kämmerministerien unterstehen, nicht als Reichsbediensteten werden oder zu Selbstverwaltungsorganen ausgegliedert werden.

Das Arbeitsaufkunftsgesetz dürfte auch für die internationale Sozialpolitik, namentlich das Washingtoner Abkommen über den Achtungstag, eine wichtige Rolle spielen. Die Reichsregierung hat seit längerer Zeit ihre Bereitwilligkeit erklärt, im Falle der Annahme des Entwurfs durch den Reichstag dieses Abkommen zu ratifizieren, unter der Voraussetzung allerdings, daß sich die anderen wirtschaflichen Industriestaaten in gleicher Weise verpflichten. Die Begründung des 1926 veröffentlichten Entwurfs enthielt entsprechende Hinweise. Inzwischen hat Belgien das Abkommen imbedingt, Frankreich es beinahe ratifiziert. Die nun Begründung unterbreitet erneut den Willen der Reichsregierung, das Abkommen gleichfalls zu ratifizieren, wobei von einer besonderen Bedingung nicht ausdrücklich gesprochen wird. Dagegen wird auf die durch die bekannten englischen Revisionen bestrittenen geschaffene neue Lage hingewiesen.

Regierungsrat Dr. F i s c h e r.

Das deutsch-rumänische Finanzabkommen.

Vor dem Kriege haben bekanntlich zwischen Deutschland und Rumänien sehr rege wirtschaftliche Beziehungen bestanden. Die ganze rumänische Wirtschaft der letzten Jahrzehnte hat ihre glänzende Entwicklung im wesentlichen diesen Beziehungen zu danken gehabt. Insbesondere haben auch die deutschen Großbanken vor dem Kriege in Rumänien eine lebhafte und fruchtbringende Arbeit geleistet. Durch den Krieg sind alle diese mannigfaltigen Beziehungen abgebrochen. Während es aber nach dem Kriege, allerdings oft unter den größten Schwierigkeiten, gelungen ist, die Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern wieder aufzunehmen, ist die Wiederaufnahme der normalen rumänisch-deutschen Handelsbeziehungen auf so große Widerstände gestoßen, daß sie bis heute noch nicht erfolgt ist. Wenn auch infolge der glücklichen wirtschaftlichen Ergänzung der beiden Länder sich ein gewisser Warenaustausch vollzogen hat, so gefühlte dies jedoch anerkennen, irgend eines Vertrages, so daß der Wirtschaftserfolg naturlicherweise sich nicht recht entfalten konnte und großen Schwankungen unterworfen war.

Die Gründe, die die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern bisher erschwert haben, lagen bekanntlich in den großen finanziellen Gegensätzen, die der Krieg zwischen den beiden Ländern aufgerichtet hatte. Immer wieder sind von beiden Seiten Versuche unternommen worden, diese Streitfragen irgendwie zu beseitigen. Aber alle die Verhandlungen, die darüber geführt wurden, scheiterten an den übermächtigen Forderungen Rumäniens. Im vergangenen Sommer sind dann die Verhandlungen auf Initiative der liberalen Regierung Rumäniens mit besserer Aussicht auf einen Erfolg wieder aufgenommen worden. Es ist zweifellos das Verdienst der vielfach sehr geschätzten liberalen Regierung, insbesondere auch ihres jetzigen Führers Dănila Brătianu, daß sie schließlich doch zu dem Erkenntnis gekommen waren, es müsse unter allen Umständen ein Ausgleich zwischen Rumänien und Deutschland gefunden werden, weil, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, die rumänische Wirtschaft von der deutschen in hervor-

ragendem Maße abhängig sei und die Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen zweifellos gegen das vitale Interesse Rumäniens verstoße. Da andererseits auch in Deutschland die Wichtigkeit des rumänischen Marktes für die deutsche Industrie nicht verkannt wurde, war unter diesen Umständen von vornherein eine Basis für erfolgreiche Verhandlungen gegeben. Schließlich haben sie auch nach langem Hin und Her am 10. November des vorigen Jahres zu dem Abschluß eines deutsch-rumänischen Abkommens geführt, das sämtliche zwischen den beiden Ländern bestehenden finanziellen Differenzen regelt und damit den Weg für die Wiederaufnahme normaler wirtschaftlicher Beziehungen freigemacht hat.

Die schon angedeuteten rumänischen Forderungen stellen sich im wesentlichen aus folgenden Pösten zusammen:

Rumänien erhob Anspruch auf die Einlösung der Banca-Generalnoten, die während der deutsch-österreichisch-ungarischen Besatzungszeit von den Besatzungsmächten ausgegeben worden waren. Die ursprüngliche Summe belief sich auf ungefähr 1½ Millionen Lei, die allerdings im Verlaufe der Vorverhandlungen schon beträchtlich reduziert worden war. Es muß dabei darauf hingewiesen werden, daß für diese Banca-Generalnoten die entsprechende Wertdeckung vorhanden war, die aber, da die Rumänen sie nicht rechtzeitig abhoben, durch die Inflation vollständig entwertet wurde. Ferner forderte Rumänien die Rückgabe eines Golddepots, das die rumänische Nationalbank vor dem Kriege ausbrach bei der Reichsbank hatte. Von diesem Golddepot in Höhe von 64 Millionen Reichsmark hat die rumänische Regierung im Jahre 1923 52 Millionen abgehoben, während der Rest zum Ausgleich zwischenstaatlicher deutscher Ansprüche verwendet worden ist. Aber andere finanziellen Ansprüche forderte Rumänien schließlich auf Grund des Versailleser Vertrages auch die Rückerstattung aller seiner Vorleistungen, die es gemäß dem Antarktisfrieden vom Jahre 1927 an Deutschland und seine Verbündeten gemacht hatte. Deutschland hat die rumänischen Forderungen insbesondere nach dem Zustandekommen des Dawesabkommens nicht als rechtlich anerkennen können, weil ja in diesem Abkommen alle finanziellen Verpflichtungen Deutschlands mit inbegriffen waren. Auch die Reparationskommission hat übrigens die rumänischen Sonderforderungen als solche nicht anerkennen wollen. Deutschland hat nun den rumänischen Ansprüchen gegenüber Gegenforderungen aufgestellt. In erster Linie betrafen diese die Regelung der Tilgung und Verzinsung der unabhängigsten rumänischen Vorkriegsstaatsanleihen. Ferner verlangte Deutschland von Rumänien die Freigabe des in Rumänien unter Sequester stehenden, aber noch nicht liquidierten deutschen Eigentums und schließlich den Verzicht Rumäniens auf die Anwendung des berichtigten § 18 der Anlage 2, Teil VIII des Versailleser Vertrages, wonach der rumänischen Regierung in gewissen Fällen noch immer das Recht auf Beschlagnahme des deutschen Zugsverkehrsvermögens in Rumänien zukam. Bekanntlich haben ja die meisten Staaten, so z. B. auch England, Italien, Portugal, Südafrika, Belgien, Tschechoslowakei auf diesen Paragraphen schon lange verzichtet. Auf Grund langwieriger Verhandlungen ist dann ein Ausgleich zwischen diesen Forderungen und Gegenforderungen gefunden worden. Deutschland bezahlt an Rumänien den Betrag von 75½ Millionen Mark, und zwar 30½ Millionen innerhalb acht Tagen nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, je 15 Millionen am 1. April 1929, 1. April 1930, 1. April 1931. Diese Summe ist dadurch erhöht worden, daß der Anleihebesitz der in Deutschland befindlichen rumänischen Anleihen so gekürzt worden ist, daß kein Kapitalwert angefallen der Summe von 75 Millionen Mark entspricht. Durch diese Zahlung erklärt Rumänien seine sämtlichen Ansprüche an Deutschland als befriedigt und verpflichtet sich andererseits zur Erfüllung der von Deutschland gestellten Forderungen.

Durch dieses Abkommen, das natürlich die Regelung aller Einzelheiten sämtlicher berührter Fragen und in Zweifelsfällen ein besonderes Schiedsgericht vorsieht, sind endlich die sehr komplizierten Streitfragen zwischen den beiden Ländern beseitigt. Das Abkommen ist in Rumänien schon kurz vor Weihnachten und in Deutschland am 7. Februar ratifiziert worden und inzwischen durch den Austausch der Ratifikationsurkunden auch in Kraft getreten.

Dr. Carl Sonnenschein †.

Carl Sonnenschein ist geboren, einer der markantesten katholischen Priester im heutigen Deutschland. Verlobt als geistvoller Redner, hochgeschätzt durch sein soziales Wirken, das sich mit einer festen persönlichen Anspruchsbewusstheit verband, unerwartet als Anführer und Organisator katholischen Lebens in der Großstadt. Tausende von Geistlichen und Laien haben ihm in der katholischen Kirche Wissen und Wissen, daß die gemäßigten modernen Denkrichtungen in der sozialen Struktur unserer Zeit in die menschengestaltende Kraft der Kirche unerlässliche Anforderungen stellen

würden, Tausende haben sich dieser Aufgabe auch gewidmet, aber die Energie, mit der er Sonnenschein tat, blieb ohne Beispiel. Er griff das soziale Problem in der Hauptfrage als eine Erziehungs- und Bildungsaufgabe der katholischen Abenteurerkraft an, er wollte Erlebnisbildern schlagen zwischen den Entertains des Schicksals und denjenigen, in denen er die kommenden Träger der katholischen Bildung und Gesellschaft, aber auch des politischen Lebens zu sehen glaubte. Er sorgte sich um ein Denken in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft, um das Wiederverwachen des

christlichen Kirchengebäude in der modernen katholischen Welt. Sein soziales Studentensekretariat diente dieser Idee, die er zuerst von der Zentrale des Volksvereins für das katholische Deutschland in M.-Glöbich aus in unermüdlichen Reisen, Vorträgen und auch in organisatorischen Bemühungen lebendig machen wollte. Die Universitätskäfte waren sein eigentliches Arbeitsfeld. Es war aber natürlich, daß er bei dieser Tätigkeit sehr bald auch auf die wirtschaftliche und sittliche Not in der jungen Akademiker-Schicht selber aufmerksam wurde.

Als er nach Berlin kam, hatten Krieg und Inflationsnot gerade in der jungen Intelligenz große Verarmungen angerichtet. Die Zahl der wirtschaftlich und auch geistlich Entwurzelten war nach Durchführung der Demobilisierung außerordentlich hoch und ein großer Teil derselben suchte in der Reichshauptstadt neue Existenzmöglichkeiten. Von der Not dieser jungen Menschenklasse, der die Großstadt weit mehr Gefahr als Hilfe wurde, ward Sonnenheim in tieffter Seele erschüttert. Und so wurde er ein Großstadtseelsorger von ganz besonderer Art. Die entwurzelte Intelligenz, ob Student, ob Künstler, ward vor allem Gegenstand seiner priesterlichen Fürsorge. Aber sein Arbeitsfeld war deshalb nicht abgegrenzt, es war in der Großstadt und über die Großstadt hinaus so unbegrenzt, wie seine ganz ungewöhnliche Bereitschaft zu helfen. In der Georgenfr. 44, in nächster Nähe der Universität, hatte er sein Büro. Hier war jeder, der ihm einmal begegnete, mit allen seinen Personalien registriert, aber auch für die besonderen Züchtigen, die Sonnenheim glaubte, mit ihm haben zu dürfen, charakterisiert. Wer ihm auch begegnete, ward irgendwie Soldat in seiner Hilfsarmee.

Diese organisatorische Umsicht verhalf Sonnenheim natürlich zu einem außerordentlichen Einfluß innerhalb des Berliner Katho-

lischen Lebens, aber auch über Berlin hinaus — obwohl er bis zu seinem Tode ein einfacher Kaplan blieb. — Er konnte diese seine Macht und er liebte sie. Nicht um ihrer selbst willen. Sondern

fiel aus seinen Verarmungsrednerbüchern öfters aus seinen Privatgesprächen ein Wort heraus, das erkennen ließ, was er im Segnen mit seiner sozialen Großstadtarbeit anstrebte. Er wollte den Katholizismus in Berlin durch organisatorische Zusammenfassung aller seiner geistigen und materiellen Kräfte zu einer starken Kulturmacht werden lassen. Das Kulturleben der Reichshauptstadt und der Mark sollte wieder eine lebhafte katholische Ziele bekommen, wie es im Anfang des Mittelalters gewesen war. Mit seinem „Sommersheim-Zirkel“ veranstaltete er viele Jahre hindurch Ausflüge und Besichtigungen innerhalb Berlins und in der märkischen Umgebung. Sie fanden fast ausnahmslos unter dem bestimmenden Gedanken, die aus allen Gauen Deutschlands in der Reichshauptstadt zusammengeführten Katholiken mit der katholischen Tradition der Mark bekanntzu machen, und sie in dieser allen Kultur geistreligiös zu verarmen. Er wollte lebendige Beziehungen zwischen dem alten und modernen Katholizismus in der Mark. Seine zehn Bände „Notizen“ sind gerade in dieser Beziehung eine charakteristische Selbstenthaltung. Auch die so bedeutende Gründung der „Katholischen Volkshochschule“ hat Berührungspunkte mit solchen weitstehenden Gedankengängen. Sonnenheim war schon ein großer Missionar, im gewissen Sinne aber auch ein phantasiebegabter Regisseur, der die Verarmungen des Katholizismus in der modernen Großstadt nicht nur erfüllen, sondern auch demonstrieren wollte. Er lix früh gefordert für sich und das katholische Berlin. Und es gibt heute keinen, der sein Werk mit gleicher Begeisterung fortzuführen vermöchte.

Transseon G. m. b. H.

Dr. Heinrich Teipel.

Geschäftliche Mitteilungen.

Daß der eble Wienbohne ein der wenigen Naturerzeugnisse ist, das so faun ein anderes bei Kindern und Alten, Grundbesitz und Kranke teils und nicht zu wenig, ist leicht zu erkennen. Und wenn man sich eben ganz wohler bei diesen, so ist es auch ganz und gar nicht zu bestreuen. Als eine Firma von allem geistigen Gut, eine äußerst produktive Referent von nur hochwertigem, aromatischem Wienbohne gibt seit langem die Großmeister und Großhandlung Weber & Söhne in Ebersbach (Sa.). Auch als viele Waren liefern sie, auch in den letzten Jahren. Die Firma ging 1928 in amtliche Verwaltung, nicht weniger als 1015 Anerkennungen unangefordert ein und sie gewann im gleichen Jahre allein durch Empfehlung alter treuer Kunden 3000 neue Kunden. Bei eigener Vertiefung ist's von oben erwähnter Firma, deren erster Grundbesitz ist, durch äußerst preiswerte Lieferung einer wichtigen Sache nicht nur Dienst am Volke, sondern auch Dienst am Wächter zu über, ein vernünftiges Angebot zu erheben. Anzeige in der heutigen Nummer.

Gerade in der heutigen Zeit muß jeder, der im Beruf vorwärts kommen will, über eine geistige Schulung verfügen. Für alle diejenigen, die nun aus legalem Grunde eine höhere Schulung nicht besuchen konnten, sind die wissenschaftlichen Selbstunterrichtskurse der Methode Witten das Beste, sich eine Berufsbildung und eine Schulung, die schließlichen wissenschaftlichen Kenntnisse anzuwenden, welche ihn dann befähigen, lehrbare Lehrlinge einzustellen. Diese Selbstunterrichtskurse, welche in dem Verlage von Witten u. Pöschel in Potsdam-Pre. 208 erschienen sind, bereiten auf die Oberlehrer- und auf das Mittelschulunterrichtsamt an einem Gymnasium, Realgymnasium, einer Oberrealschule und einer Deutschen Oberschule vor. Ferner vermitteln sie eine gründliche Fachkenntnis, sprachliche, sowie auch musikalisch-wissenschaftliche Schulung. Die Selbstunterrichtskurse der Methode Witten erlernen in jeder Weise der Schulung und sind den Lehrpläne der höheren Schulanstalten entsprechend zusammengestellt. Die großen Erfolge, welche die Studierenden dieser Methode verdanken, beweisen tausende von Anerkennungsbescheiden über befandene Leistungen usw. Die Werte, welche von Witten u. Pöschel (Verlag) Studierenden usw.) bereitgestellt wurden, unterrichten in so leicht verständlicher und anregender Weise, wie sich der Verkehr zwischen Lehrer und Schüler an einer Schule abbildet. Der Selbstunterricht enthält das unbedingt Nötigste, nichts Überflüssiges. Eine wertvolle Unterrichtsform des Studiums bietet der angelegentlichste kritische Fernunterricht, durch den der Studierende den Weg hat, sich eine unter- und höchste Schulung über den Stand seines Studiums, sowie die richtigen Erfolge zu haben.

Für alle, welche sich für eine technische Ausbildung interessieren, bieten die in dem System Rendant-Handbuch erschienenen Selbstunterrichtskurse in jeder Hinsicht ein sehr wertvolles Hilfsmittel. Es ist eben möglich, sich auf verschiedene Prüfungen in der Elektrotechnik, dem Maschinenbau, dem Bau- und Tiefbau, in der Zerkaltung, in der Chemie, im Kunstgewerbe und Handwerk usw. vorzubereiten. Der Unterricht technischer Schulanstalten ist in diesen Büchern bis ins Kleinste nachgezogen. Die große Anzahl von Anerkennungsschreiben sind ein Beweis für die Vortrefflichkeit des Selbstunterrichts Rendant-Handbuch.

Thür. Pfaffenmus

gar, reine, saubere, feine, feinste Qualität, 10 Pfund-Rimer Nr. 376 ab hier nach. Lebensmittelpreise in der Thür. Ritt, Pfaffenmus, feiner, Schölen, Thür. 136.

Selbst Dreileiter Klavierspielen

In 3-3 Monaten. Korrekt nach Noten, jedoch fahrlässig leichte Erlernung. Allein überlegene Erfindung eines kleinen Klaviers. Prospect Nr. 32 sofort kostenlos durch Technika-Verlag, Litzsch (Hafen).

Gladiolen!

In reinen Farben, starke garantierte, blühbare Knollen, 100 St. 8.-M., Lieferort (Nachn.). Gladiolenkultur Johannes 4, Hausach, Post Blankenmoor 1, Heilbr.



Silberbestecke ohne Anrechnung gegen baupreise Monatsraten. E. & C. HARTKOPF Meiningen-Sollingen 44 Stahlwaren-Fabrik u. Silberwaren. Begründet 1833. Katalog gratis u. franko.

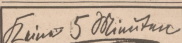
Allerfeinste Odenburger Tafelbutter

preisgekrönt, a. hooherst Rahn, verwendet快 frisch in Postpak. v. 6 und 9 Pf. Takat, in 1- oder 1/2 Pf. Pack. sehr guten Rahm. zum Tagespreis.

Erste Badludinger Molke- u. Rahm-Fabrik (1904).

Gladiolen.

Vers. vieler Elitenverbel, blau, weiß, rot, 50 versch. Sorten, wühlschöne stark. Knollen, je 20 St. 10 St. 8.-M., reell u. Nachn. Jährliche Lieferung 20 St. 10 St. 8.-M. Kronh. Blumenkulturen, Osterwald bei Heide in Holstein.



haben Sie zu verlieren, wenn Sie Ihre Lebensbedingungen verbessern und Erfolge erzielen wollen. Versuchen Sie nichts, was sich nicht in 5 Minuten selbstverwirklichen lassen. Schulpraktiken (Oberrealschule, Abitur) können Sie nachholen, auch kaufmänn., fremdsprachliche, musikalische und technische Ausbildung erhalten. Prospekte kostenlos. Rat und Auskunft erhalt bereitwillig Rustisches Lehrinstitut. Potsdam-Pre. 218

10 Rosen 4 Mark!

Ihr Garten gewinnt durch Anpflanzung unserer Rosen. Wir liefern nur Kräftige Pflanzen

Bushrosen: 10 Stück in 10 Sorten RMK. 4.-, 25 Stück in 10 Sort. RMK. 8.-, 25 Stk in 25 Sort. RMK. 10.- Kleiterrosen in verschiedenen Sorten: 1 Stück RMK. 0.60, 10 Stück RMK. 5.40. Hochstammrosen: 8.-, 75-100 cm Kronenhöhe 1 Stk RMK. 1.75 10 Stück RMK. 18.-, 100-140 cm 1 Stück RMK. 2.-, 10 Stück RMK. 18.- Transrosen: 160-200 cm: 1 Stück RMK. 4.-, 10 Stück RMK. 36.- Balkon- und Topfrosen: 1 Stück RMK. 0.60, 10 Stück RMK. 5.40

Jede Pflanze wird pflanzenfest mit Namen- und Farbenbezeichnung geliefert. Versand nur gegen Nachnahme. Garantie für gute Auswahl, kein Pflanzest. Je früher, desto besser! Illustrierter Hauptkatalog über Rosen, Obstbäume, Johannisbeeren usw., mit Kulturanweisungen, gratis. F. Paulsen G. m. b. H., Baumchulen Elmshorn, Königstr. 247.

91

Moselwein ... ? dann nur von der Quelle!

Weinkellerer Schillingen
Bernstein 60 (Mosel)

Laufende An-Kennungen.

Teilzahl 1926

z. Z. bes. empfehlenswert:

27er Mohringer Pilsner 1.30

28er schwarze Kett. 1.40

Gusser Rosshaus ... 1.50

Feinst:

Rotwein 1.25, Bowlen-

wein 1.—, Pilsener 1.30,

in 12er, 20er, 25er u. 30er

Kisten, Glas leicht od. 0.20

pro Fl. Sofort bestellen

und Preisliste verlangen.



„BACCHUS“
WEIN-
SCHRÄNKE
PREISLISTE
GRATIS
JOH. NIC.
DEHLER
COBURG 14

...mehr Gemüse

und pflüchtige Blumen
erzielen Sie durch die
Helderaut. Verlangen Sie
loftet beiliegend den nüt-
lichen Katalog mit 300
Abbildungen, Günstige
Preise, Vieles Auswahl,
Geeignete Bedienung.

Adler & Co.
Hilfswort-Gesellschaft
Erfurt 90

Aus 6 Pfd. alten Wollsachen

werden 18 Mr. Damenstoff oder 9 Mr. Herrenstoff sehr
schön und billig umgearbeitet, ebenso zu Teppichen,
Läufers und Bettvorhängen, Schals, Plüsch- und Kie-
decken. WOLLWEBEREI HEINR. SEIM, Lardenbach 72,
Oberh. Verlangen Sie Muster und Anfertigungspreis.



Diese 6 teilige Schreib-
zeugapparatur, Plattengröße
27 x 16 cm, ist für M. 12.75
u. weißem Harzstein, für
M. 14.75, dankt Tübingen-
nach od. Verkaufslager
Versand nur geg. Nachn. zu
haben. M. H. LEFFEL, D.
Hamburg 24, Z. Postf. 134/3



direkt aus dem
Harz, von M. 9.—
an, Stammvögel,
Vorsatz, Zuchtstamm, schnee-
weiße Kanariens, Fülter,
Farben Wellensittiche
Preisliste frei, Polanisch
oder Kanariens u. Wellens.
REINIGER,
QUEDLINBURG L. H. 71.

Direkt ab Produktion

Feine Rhein-Weine

billigst

Erich Müller
Weingutbesitzer

Nierstein a. Rhein
(Inh. & F. Weingut Gesch. Strub)

Verlangen Sie bitte
Preisliste H.

Prämiierte Weine

Das grösste Vermögen

ist Ihre Gesundheit. Sie kräftigen dieselbe in vorzüg-
licher Weise durch die kräftig allgemein anerkannte

Expander-Gymnastik.

Täglich 10 Minuten bringen besten Erfolg.

Seifert Stahl-Expander mit 5 Federn . . . RM. 7.20

Gummistrang-Expander mit 6 Kabeln . . . RM. 12.30

Kinder-Expander (1.5-13.5) m. 3 Gummikabeln RM. 4.—

mit 4 Kabeln RM. 4.50 einschl. Illustr. CD angest. Jeder

Apparat ist beliebig verteilbar u. verbindet best. Qualitäts-

garantie, 3 Tage zur Ansicht, zahlbar innerhalb 14 Tagen, bei

Nachnahme bestellung erfolgt Lieferung portofrei. Erf.-Ort

B.-Baden, Ausland nur Nachn. Viele Dankschreiben.

Paul Seifert, Expander-Apparate, B.-Baden 51



Abessinierbrunnen

kann jeder
selbst aufstel-
len. Manschet-
ten u. Klappen
sow. ständige
Krebstelle, für
alle Pumpen
passend, sofort
Lieferbar.

Illustrierte Preisliste gratis.
A. Schumann, Pumpen-
fabrik, Berlin N 500, Chaus-
seestraße 38

Nähmaschinen • Sprechapparate

Musikinstrumente aller Art in nicht zu über-
bietender elastischer Tonfülle. Versand an
Beamt. zu Vorzugspreisen.
Nebenstehender Sprech-
apparat nur 65.— Mk.
Auf Nähmaschinen 10%
Sondererab. Fordern
Sie kostenlos den in Frage
kommenden Katalog H an.

Großvertrieb
H. MAASSEN
Berlin-Schöneberg, Heylstr. 31.



STOLLWERCK

GOLD

GOLD
STOLLWERCK
ESS-SCHOKOLADE
„GOLD“ STOLLWERCK „GOLD“

AMSEL